



## ***Konservative Kommentare August '21***

**von Peter Helmes**

***Liebe Leser,***

*an dieser Stelle veröffentliche ich regelmäßig einmal im Monat meist kritische und bissige Kommentare – aus konservativer Sicht versteht sich – zu Themen bzw. Vorgängen, die in den Medien selten oder gar nicht besprochen oder verzerrt dargestellt werden.*

*Ich wünsche Ihnen eine stets spannende Lektüre und freue mich über Kritik und Anregungen, die Sie mir direkt ([Peter.Helmes@t-online.de](mailto:Peter.Helmes@t-online.de)) oder an Die Deutschen Konservativen ([info@konservative.de](mailto:info@konservative.de)) senden können.*

\*\*\*\*\*

### **GÄNGELUNG STATT SELBSTBESTIMMUNG**

*Von Peter Helmes*

#### **Grünen-Politik voller Widersprüche – Scheitern an der eigenen Unmoral**

Immer wieder zeigt sich der Hang der Grünen zur Besserwisserei, Bevormundung und Volkserziehung. Sie belehren, schreiben vor oder fordern Verbote. Dabei geben sie sich gerne als akademische Elite, die über dem gemeinen Volk steht. (Geradezu typisch ist die Selbstbeschreibung der Grünen-Spitzenkandidatin Baerbock, sie käme „vom Völkerrecht her“, und setzt überheblich nach, ihr Mitvorsitzender Habeck, dem sie sich wohl überlegen fühlt, stehe mehr für „Schweine, Hühner, Kühe melken“ (Zitat Baerbock zu Habeck)).

Aus dieser Warte gesehen, wird klar, daß die Grünen sich dazu ausersehen wännen, die Maßstäbe der Moral und des Zusammenlebens zu definieren und als allgemeingültig zu erklären. Gleichzeitig wird alles schlecht geredet, was nicht zu dieser Haltung paßt. Wer nicht folgt, zeigt, daß er einfach zu dumm ist, um zu wissen, was für ihn und uns das Beste ist.

Deshalb auch haben die Grünen besonders die Klimapolitik zu einem Sammelbecken grundlegender Gesellschafts- und Kapitalismuskritik und damit zu ihrem Leitthema gemacht. Nach ihrer Meinung ist der Klimaschutz die „Überlebensfrage der Menschheit“, das höchste und wichtigste gesellschaftliche Ziel, dem sich alles andere unterzuordnen hat. So fordern die Grünen ein „klimagerechtes Wirtschaften“. **Kompromisse mit anderen gesellschaftlichen Zielen dürfen nicht gemacht werden.**

## **Öko-Diktatur droht**

Annalena Baerbock gibt das auch zu: „**Wir müssen radikal sein und ganz offen einen Systemwechsel verlangen.**“ Und dafür ist nichts besser geeignet als die Klimapolitik, mit der freiheitliche und marktwirtschaftliche Prinzipien außer Kraft gesetzt werden können und eine Renaissance staatsdirigistischer Ideen eingeleitet werden kann. Diese Tendenzen lassen sich schon heute beobachten; sie werden sich im Zuge des Green Deal der EU noch wesentlich verstärken. Wird hier nicht Einhalt geboten, ist die **Ökodiktatur** nicht mehr fern.

Und genau hieran zeigt sich exemplarisch das „grüne Denken“ besonders deutlich, das bei ihnen dazu geführt hat, sich selbst als *die „moralischste aller Parteien in Deutschland“* (Tübingens grüner OB Boris Palmer) zu sehen. Deshalb betreiben die Grünen eine stark moralisch geprägte Politik, die hauptsächlich auf Werturteilen beruht, die sie selbst definieren. Wer das „Gut-Böse-Schema“ der Grünen nicht teilt, beweist nach deren Ansicht eine quasi unterirdische Gesinnung, die mitverantwortlich ist für das miserable Weltklima.

## **Null Toleranz**

Eine solche Denk- und Handlungsweise, wie sie die Grünen hier an den Tag legen, erlaubt ihnen ihr einseitiges moralisches Feindbild, aber keinerlei Toleranz, sondern beweist nach ihrer Ansicht eine deutliche moralische Überlegenheit über die Anderen – die „schlechten“ Menschen wie Du und ich. Und, diese vermeintliche moralische Überlegenheit erlaubt den Grünen eine ebenso (gefühlte) tatsächliche „gute“ Handlungsweise. „Was wir machen, ist richtig, jede andere Politik ist falsch“, heißt das Mantra der Grünen.

## **Freiheit und Verbote**

Große Teile der Grünen wollen den Bürgern vorschreiben, wie sie in Zukunft fahren, reisen, essen, wohnen und ihr Geld ausgeben dürfen. Das aber ist nicht die „Freiheit, die ich meine“. Wenn ich eine „grüne“ Lebensweise will, muss ich das frei entscheiden dürfen – und nicht nach Vorschrift. Und wenn ich sie nicht will, muss das erst recht meine freie Entscheidung bleiben.

Immer wieder betonen die Grünen den Wert der Freiheit. Ein Lippenbekenntnis! Denn ihre Politik wird bestimmt von Verboten und Auflagen, von Vorschriften und Einschränkungen. Vom „VeggieDay“ bis zum Flugverbot – es gibt nahezu keinen Bereich des Lebens, den die Grünen nicht politisch regulieren wollen. Erlaubt wird nur, was den Grünen gefällt, also was „politisch korrekt“ ist. Und was „korrekt“ ist, definieren selbstverständlich die Grünen.

## **Umerziehung der Bürger**

Diejenigen, die ein anderes Verständnis von individueller Freiheit haben, werden geächtet. Grüne verstehen Politik als Mittel zur Umerziehung der Bürger – und wenn es sein muss, auch unter Zwang. Die Freiheit, sein Leben im Rahmen der Gesellschaft selbst zu gestalten, bleibt auf der Strecke. Toleranz gilt nur in dem Rahmen, den uns die Grünen einräumen und der ihren Zielen entspricht.

Das alles hat mit Selbstbestimmung oder den Prinzipien Sozialer Marktwirtschaft nichts zu tun. Wie „wichtig“ die Grünen die Marktwirtschaft nehmen, ersieht man alleine schon draus, dass das Wort Marktwirtschaft im grünen Programmentwurf auf 137 Seiten ganze sechsmal vorkommt. Das Grünen-Programm ist wirtschaftsfeindlich und gefährdet damit die Grundlagen unseres Zusammenlebens.

**In dem politischen Programm, das Die Grünen zur Bundestagswahl 2021 vorgelegt haben, zeigt sich ein zutiefst etatistisches und dirigistisches Gesellschaftsbild, in dem der regulierende Staat viel und die individuelle Freiheit wenig zählen. „Grün“ steht eben nicht für Freiheit, sondern für Bevormundung.**

Bei den Grünen passen Anspruch und Wirklichkeit etwa so zusammen wie Dichtung und Wahrheit oder Träume und Wirklichkeit. So passt der hohe moralische Anspruch der Grünen auch nicht zu ihrem unmoralischen Handeln. Einige Beispiele genügen, die falsche Moral der Grünen zu entlarven:

### **Grüne Selbstbedienung**

Die Grünen-Vorsitzende und „Kanzlerkandidatin“ Annalena Baerbock ist Meisterin der Selbstbedienung an öffentlichen Geldern – was aber erst nach und nach zugegeben wird: „Weihnachtsgeld“, „Corona-Sonderzahlung“, 40.000 € Promotionsstipendium mit außergewöhnlich langer Laufzeit usw. Aber gerade sie stellt lauthals Forderungen „zur Klimarettung“ und belastet damit den Normalbürger durch ins Uferlose steigende Energiekosten und Steuern.

### **Flugverbote und Grüne Doppelmoral: Einmal um die ganze Welt, weil reisen den Grünen so gefällt**

Die Grünen sind die Vielflieger unter den bundesdeutschen Parlamentariern. Darüber gibt es vielfache Belege. Aber sie predigen uns „Flugenthaltssamkeit“ und Reisebeschränkungen – also Mobilitätsbremsen – fahren aber, einmal in Amt und Würden, gerne „dicke“ Autos.

Ein umfassendes Nachtflugverbot, Verminderung der Langstreckenflüge und Kurzstreckenflüge „bis 2030 überflüssig machen“ usw. findet sich dementsprechend im Programmmentwurf der Grünen zur Bundestagswahl 2021. Dem moralischen Vollverbot soll de facto auch die tatsächliche deutliche Reduktion des Flugbetriebs folgen.

### **43.000 Kilometer um die Welt**

Da haben wir z.B. „Langstrecken Luisa“, das Millionärs-Töchterchen Luisa Neubauer aus dem Reemtsma-Clan, Grünen-Mitglied und FFF-Frontfrau (FFF=“FridaysFor Future“); sie ist Vielfliegerin. Oder nehmen wir die schrille Katha Schulze, die eben mal zum Eis-Schlecken nach San Franzisko fliegt. (Schulze gehört seit der Landtagswahl in Bayern 2013 dem Bayerischen Landtag an und ist seit 2017 eine der beiden Vorsitzenden der Fraktion der Grünen.)

Um das Klima zu retten, flog die Grüne Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth – natürlich auf Staatskosten – 43.000 Kilometer um die Welt: nach Bangladesch, Kiribati und auf die Fidschi-Inseln, weil diese Länder „besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen“ seien.

Die Hamburger Justizsenatorin und Grünen-Landesvorsitzende Anna Gallina wollte einen Solidaritätsbesuch auf einem Flüchtlingssschiff abstaten. Da das Schiff wegen technischer Mängel aber umkehren musste, wurde ein Fischrestaurantbesuch auf Malta daraus, wo Hummer auf Partei- und dann auf Staatskosten serviert wurde.

Katrin Göring Eckardt reiste flugs nach Griechenland, um medienwirksam einen Blick auf die überfüllten Flüchtlingslager zu werfen und öffentlich ihre Tränendrüsen auszuquetschen. Sie sei für die Regierung unterwegs, erklärte sie in arroganter Selbstüberschätzung.

Die Hamburger Justizsenatorin und Grünen-Landesvorsitzende Anna Gallina wollte einen Solidaritätsbesuch auf einem Flüchtlingsschiff abstaten. Da das Schiff wegen technischer Mängel aber umkehren musste, wurde ein Fischrestaurantbesuch auf Malta daraus, wo Hummer auf Partei- und dann auf Staatskosten serviert wurde.

Der frühere grüne Umweltminister in Baden-Württemberg, Franz Untersteller, war während seiner Amtszeit strenger Befürworter eines generellen Tempolimits von 130 km/h. Er wurde Ende November 2020 mit 177 Sachen auf der Autobahn erwischt – und damit mehr als 50 km/h zu schnell. Seine Begründung: Er wollte seinen Sohn besuchen, der mit zwei Kindern in Frankfurt lebt. Der Minister erläuterte: "Ich war unterwegs zu meiner Familie und hatte es eilig, ich habe die Geschwindigkeitsbegrenzung nicht beachtet und die Straßenlage hat es erlaubt, schnell zu fahren." (*stern.de* 2.7.20)

#### **Auch im Kleinen zeigt sich Wahrheit:**

Zum zweiten Mal in kurzer Zeit geriet die brandenburgische Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) in die Negativschlagzeilen. Die Politikerin ließ den Dienstwagen ihrer Staatssekretärin wegen einer vergessenen Jacke von Potsdam nach Berlin fahren. Knapp 90 Euro kostete die Leerfahrt. (Quelle: *focus.de*, 14.07.2021, 14:46)

Auch bei der Nutzung eines Dienstwagens ihres Staatssekretärs bei einer Fahrt zur Gedenkstätte Ravensbrück im April räumte Nonnemacher ein, „dies retrospektiv ein Verstoß gegen die Dienstkraftwagen-Richtlinie“ gewesen sei. „Das tut mir leid und dies wird auch nicht wieder vorkommen.“ Sie habe aber im guten Glauben gehandelt, dass dies zulässig gewesen sei, weil das Finanzministerium auf eine Anfrage im Juni 2020 geantwortet habe, dass „der Wagen des Staatssekretärs (geführt von einem Fahrer) auch von der Ministerin genutzt werden“ könne.

#### **Hintergrund war, dass ihr Team gefürchtet habe, dass ihr Dienstwagen mit Elektroantrieb nicht genügend Reichweite für die Fahrt haben könnte, erläuterte die Grünen-Politikerin.**

Finanz-Staatssekretär Frank Stolper bemerkte dazu, bei der Anfrage im vergangenen Jahr sei es um die effektivere Nutzung des Dienstwagens gegangen, weil die Ministerin zu einem Termin nach Berlin musste und der Staatssekretär dort abgeholt werden sollte. Dennoch sei diese Auskunft aus dem Ministerium ein Fehler gewesen, räumte Stolper ein. (Quelle: <https://www.volksstimme.de/deutschland-und-welt/deutschland/impfnachweise-und-dienstwagen-nonnemacher-raumt-fehler-ein-3204913> )

#### **„Pfleger“ der Monokulturen**

***Übrigens: Ein erheblicher Teil der Monokultur auf unseren Feldern besteht aus der Energiepflanze Mais. Die aber benötigen ausgerechnet jene Biogasanlagen, mit denen die Mochtegerin-Kanzlerin Baerbock die Grundlast im Netz abdecken möchte.***

Eine weitere Monokultur, die die Grünen anstreben, ist ähnlich bedenklich (siehe Grünen-Programm): „*Photovoltaik in die Fläche bringen*“ heißt es da. Also nicht nur auf jedes Dach (und die meinen *wirklich jedes Dach*, lesen Sie das Programm), sondern auch „...neben Autobahnen und Schienen auf versiegelten Flächen, etwa über Parkplätzen und Brachen und auf Konversions oder Bergbauflächen [...] nicht auf wertvollem Ackerland.“

Wie „wertvoll“ Ackerland für die Grünen tatsächlich ist, zeigt sich an den Plänen zum Ausbau der Windenergie (siehe Wahlprogramm):

*„Beim Windausbau gilt es den Konflikt mit Natur- und Artenschutz zu minimieren, Anwohner\*innen zu schützen und die Verfahren zur Genehmigung zu beschleunigen. [...] exzessive Mindestabstände zu Siedlungen, müssen der Vergangenheit angehören.“*

Dieser „Konflikt mit Natur- und Artenschutz“ kann aber nur vermindert werden, wenn man die Anzahl der Windkraftanlagen verringert, statt sie zu erhöhen. Denn gerade diese „Windspargel“ zerfetzen Vögel, Fledermäuse und Insekten zuhauf. Und von den tausenden Tonnen wiegenden Fundamenten, die den Waldboden versiegeln, sprechen die Grünen erst gar nicht.

### **Zu hohe Staatsgläubigkeit, also höhere Steuerlast**

Wo auch immer man bei den Grünen hinschaut, stößt man auf eine weitreichende Staatsgläubigkeit. Aber der Staat kann nicht alles. Der Staat kann keinen Wohlstand vorschreiben; denn der entsteht vor allem durch Eigeninitiative und Wettbewerb. Der Staat soll den Rahmen für ein solches Handeln und für Konkurrenz schaffen, aber er sollte nicht selbst Akteur werden. Er weiß eben nicht besser, was die individuellen Wünsche von Millionen Menschen sind. Die Grünen dagegen erwecken diesen Eindruck. Der Staat, so ihr Credo, könne und solle fast alle gesellschaftlichen Probleme lösen.

### **Das kostet Geld. Und deshalb greifen die Grünen ungeniert zur Steuerkeule:**

Mehr Staatsausgaben bedeuten mehr und höhere Steuern. Das Wahlprogramm der Grünen steckt voller teurer Versprechungen. Bei der Finanzierung bleiben die Grünen dagegen Antworten schuldig. So soll etwa eine sogenannte Garantiesicherung „Hartz IV“ ersetzen, wobei Leistungen ausgeweitet und Sanktionen sowie eine Vermögensprüfung wegfallen sollen.

Für Leistungsträger planen die Grünen bei der Einkommensteuer eine neue Steuerstufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent einzuführen. Zudem soll der Spitzensteuersatz auf 48 Prozent erhöht werden. Mit der Anhebung der Steuersätze für Leistungsträger soll ein höherer Grundfreibetrag gegenfinanziert werden. Neben der Einkommensteuer will die Partei weitere Steuern einführen wie die Finanztransaktionssteuer oder eine Vermögensteuer.

**Was die Grünen jedoch verschweigen: Schon heute trägt bei der Einkommensteuer das obere 1 Prozent der Steuerpflichtigen fast ein Viertel der gesamten Einnahmen des Staates aus Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag, die oberen zehn Prozent sogar mehr als die Hälfte. Die Konsequenz aus noch höheren Steuern ist die Ersetzung von Arbeit durch Freizeit und die Abwanderung ins Ausland oder in die Schwarzarbeit.**

Pikant – oder so geht grüne Doppelmoral: Cem Özdemir und Anton Hofreiter hatten mal eben „vergessen“, Nebeneinnahmen zu versteuern oder eine Zweitwohnungssteuer zu bezahlen. So wird „Steuerlast“ erträglich!

### **Zusammenfassend:**

**Den Grünen ist das Gleichgewicht zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Politik abhandengekommen. Es besteht kein angemessenes Verhältnis zwischen Gesinnung und Verantwortung, zwischen Moral und Vernunft. Der ideologische Egoismus und die Intoleranz der Grünen gefährden die Demokratie, also unser Gemeinwesen.**

**Das bleibt den Bürgern nicht verborgen. Hinzu kommen die zunehmend offenliegenden Schwächen der grünen Führungsfiguren, die in einem schroffen Widerspruch zu ihrem moralischen Anspruch stehen. Annalena Baerbock, die „Kanzlerkandidatin der**

## **Grünen, hat sich durch eigene Fehler, Versäumnisse, Vertuschungen und Falschangaben unglaublich gemacht.**

In der taz, eigentlich die Hauspostille der Grünen, schreibt Autorin Silke Mertins am 4.7.21:

**„Es ist vorbei, Annalena!“...**

**„Baerbock ist an ihrem Ehrgeiz gescheitert und kann die Wahlen nicht mehr gewinnen. Wenn sie das Klima retten will, sollte sie an Habeck abgeben...“**

(taz-Original: „...Wenn Baerbock also etwas am Klima und der Zukunft der kommenden Generationen liegt, dann sollte sie ihre Kandidatur so schnell wie möglich an Habeck abgeben. Sieht sie es nicht ein, dann liegt es jetzt bei den einflussreichen Parteigranden ihr klarzumachen: Es ist vorbei, Annalena! Vielleicht wäre sie eine gute Kanzlerin geworden, doch dafür müsste sie zuerst ein hohes Ergebnis für ihre Partei erreichen. Sie kann diese Wahlen nicht mehr gewinnen, dazu ist ihre Glaubwürdigkeit zu stark beschädigt.“)

Dem ist nichts hinzuzufügen!

## **WER GRÜN WÄHLT, WÄHLT DAS ENDE DES EIGENEN FREIEN WILLENS!**

-----

(Der vorstehende Text kann als graphisch gestaltetes Flugblatt (kostenfrei) bei den Deutschen Konservativen bestellt werden. Die Deutschen Konservativen: [info@konservative.de](mailto:info@konservative.de))

\*\*\*\*\*

## **Die stotternde Sprachgewalt der Annalena, wenn sie Unfug von sich gibt**

*von Peter Helmes*

### **Die Grüne Annalena Baerbock ist und bleibt die gefühlte ausgewiesene „Fachfrau für Stromnetz, Energie und Speicher“**

Da treten die Grünen auf mit dem Anspruch, Deutschland erneuern zu wollen, bieten aber „Fachpersonal“ für die Wende auf, das offenbar kaum Ahnung von der Materie hat, das geändert werden soll.

Die Fehler des Spitzenpersonals Baerbock/Habeck sind inzwischen so zahlreich, daß man sie nicht mehr übersehen – und schon gar nicht übergehen – kann.

Im folgenden Artikel, erschienen bei Eike, zeigt sich die ganze Unsicherheit der Grünen-Frontfrau. Die oft wie „gerüttelt“ wirkende Sprache der Baerbock erinnert mich an meinen Rhetorik-Lehrer aus meinen frühen Junge-Unions-Zeiten. Der brachte uns vor allem – und nachdrücklich mahnend – bei, erst das Gehirn einzuschalten, ehe man losquatscht. Bei Baerbock muß bei ihrem Sprachunterricht aber die Lehre falschrum angekommen sein: Satzketten, unzusammenhängende Sätze, Gestotter. Also erst reden, dann denken? Oder denkt sie der Einfachheit halber erst gar nicht?

Solche Ergebnisse zeigen „Redner“, die ihrer Sache nicht sicher sind, aber nichts desto trotz eifertig daherquatschen (typisches Beispiel: „Wenn wir bei Speicher reden...“ /Text siehe weiter unten). Und ganz nebenbei bemerkt, zeigt sich hier auch die alte Erfahrung von Berufsamateuren, die zu allem eine Meinung, aber von nichts eine Ahnung haben.

P.H.

-----

Ein unglaubliches Beispiel der versammelten „Sprach- und Argumentationsgewalt“ der Grünen-Vorsitzenden liefert der nachstehend aufgeführte Artikel von EIKE, der keines weiteren Kommentars bedarf:

Von EIKE \*)

## **Annalena, die Fachperson für Stromnetze und Speichertechnologie**

### **„Mich kritisiert eigentlich nur die AfD und das mit einer Falschbehauptung“**

Anmerkung: Frau Baerbock hat wie inzwischen in vielen Videos glossiert deutliche Sprechprobleme. Die Mängel in der Transkription sind deshalb kein Versehen des Autors, sondern der Versuch, ihren ohne Punkt und Komma abgespulten Redeschwall möglichst getreu wiederzugeben.

In der Fragerunde bei Maischberger [\[1\]](#) stellte Frau Baerbock erst einmal klar, wie entsetzlich sie die Kritik an ihrer „Netz als Speicher“-Aussage empfand und von wem sie solche Ungeheuerlichkeit vor allem bekomme:

*[\[1\]](#) Baerbock ab 4:19: ... aber was ich schon krass finde ist diese Art von Shitstorm. Wo über Face-News ... Und dieses Argument was Sie (Herr Thel [\[2\]](#)) jetzt vorbringen: Der Speicher ist am Netz, das kenne ich schon seit drei Jahren von der AfD sehr sehr deutlich betrieben. Ich habe bei einer Deutschlandpunkt-Sendung im Radio, als es um die Frage Energie und dass nicht immer die Sonne scheint und so gesagt, dass natürlich in Zukunft der gesamte Energiemarkt, das gesamte Energiemarktdesign neu gedacht werden muss.*

Das war allerdings keine Antwort auf ihre damalige Speicheraussage und schon gar nicht eine Gegenargumentation auf die „krasse“ Kritik dazu.

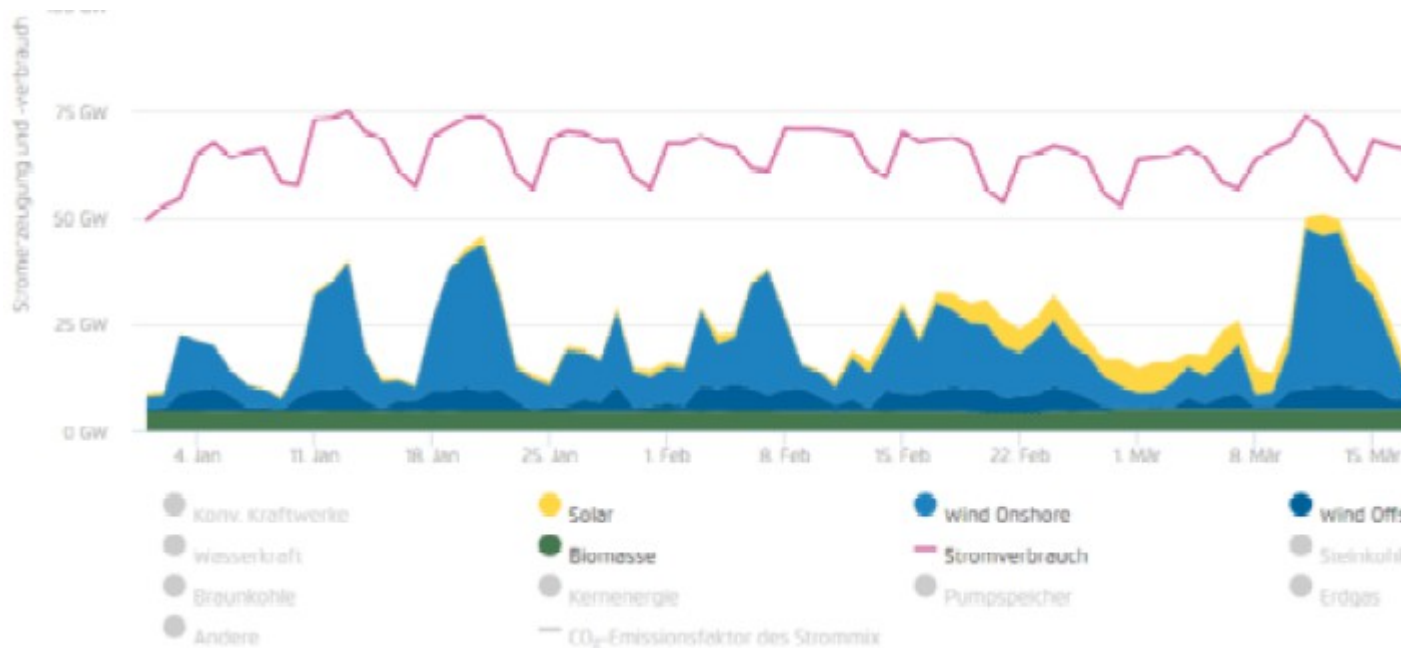
### **Grundlast durch „Kühlung“ stabilisieren nach Baerbock**

Stattdessen fügte sie neue Theorien zur Grundlast und Kühlungstemperaturänderung als „Energieerzeuger“ an:

*[\[1\]](#) Baerbock: Da gibt es nicht mehr Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke die laufen durch, sondern wir haben volatile Energie. Das heißt, Wind ist nur wenn Wind weht logischerweise, Sonne ist nur wenn Sonne scheint. Wir haben Grundlast durch Biomasse und wir haben und das ist neu – das ist auch interessant für Start-ups und Unternehmen zum Beispiel Rechenzentren und große Supermärkte, die dann als Energieerzeuger in den Markt rein kommen. Wenn eine Kühlung zum Beispiel bei einem riesengroßen Produzenten von -22 Grad in Zukunft dann auf 20 Grad, minus 20 Grad runterkühlt, dann ist das Hühnchen immer noch kalt, aber wir können an der Grundlast des Netz, und das war mein Punkt, so stabilisieren, dass sich im Netz die unterschiedlichen Akteure ausgleichen.*

Wie „Rechenzentren und große Supermärkte“ mittels Baerbocks Grundlast-Theorie wirklich als Energieerzeuger „in den Markt rein kommen“, mögen diese entscheiden. Der Autor nimmt einfacher gnädig an, dass Frau Baerbock die (nicht nur) von der selbsternannten „Energieexpertin“, Frau Kemfert, vertretene These des „intelligenten Netzes“ durch Verbraucher-Zwangsabschaltung nicht verstanden hat und Lastabschaltung mit „Einspeisung“ verwechselt und von Grundlast ebenfalls wenig bis keine Ahnung hat.





Ein Präzisierungsversuch von ihr bringt keine weitere Klarheit, vor allem, nachdem sie dazu noch sagt, etwas nie behauptet zu haben:

*[1] Baerbock: Verkürzt: Ja das Netz wird in Zukunft- (an Herrn Thel) sie verdrehen die Augen, aber so ist es – .In Zukunft wird das Netz auch eine Rolle bei der Speicherung spielen. Und weil Sie Speicher auch angesprochen haben.*

*Maischberger: Moment, ich halte mal ganz kurz fest: Es gibt diese Speicher, so wie das klingt, die gibt es noch nicht. Das ist ja der Punkt gewesen von Herrn Thel ...*

*Baerbock: Das habe ich ja nie behauptet*

*Herr Thel: Einwand: Im Parteiprogramm*

### **Natürlich gibt es Speicher. Nur zahlt der Strom jedes Mal Abgaben ...**

Nun wird es richtig gruselig. Nach ihrer Überzeugung gibt es Speicher nur deshalb noch nicht, weil die Abgabenbelastung sie verhindert. „Vergessen“ wir dabei, dass diese laut Frau Baerbock vom Strom und nicht vom Stromverbraucher bezahlt würden:

*Baerbock: Na ja, im Parteiprogramm ... da geht es genau um den Punkt, das Energiemarktdesign neu reguliert werden muss. Wenn wir bei Speicher reden. Natürlich gibt es Speicher. Ich war bei zig Firmen, die Speicher herstellen.*

*Das Problem ist gerade, dass – und das ist politisch gewollt – von den Parteien die derzeit regieren ... die sagen im Prinzip über Steuern reden wir gar nicht. Es gibt ne Doppelbelastung von Speichern. Das Problem ist derzeit: Diejenigen, die sie klugerweise erfunden haben wir speichern Strom. Wenn der Strom einmal in den Speicher reingeht, zahlt er alle Abgaben und Steuern. Und wenn er wieder rausgeht, zahlt er das auch. Es ist unwirtschaftlich. Kein logisch denkendes Unternehmen sagt, damit kann ich den Markt generieren.*

### **Deshalb braucht man zur Lösung des Speicherproblems nur Gesetze zu ändern**

*Baerbock: Das heißt, wir müssen an diesen Punkt einfach die Gesetzgebung ändern. Und die ist nicht durch Zufall da, sondern ist bewusst da, damit Speicher derzeit nicht wettbewerbsfähig sind um alte, fossile Kraftwerke zu sichern. Das müssen wir ändern und das steht sehr knapp, aber auf den Punkt auch in unserem Wahlprogramm ...*



Wie oft, hat Frau Baerbock irgendwie „eine entfernte Ahnung“, nur das Thema selbst leider nicht verstanden. Zwar ist man immer noch weit entfernt von Speichern für Elektroenergie im erforderlichen, großen Maßstab [3] [4], von den Kosten gar nicht zu reden [6].

Aber man ist ja dabei, solche zu erforschen und irgendwann einmal im Großmaßstab entstehen zu lassen. Zumindest ein Teil der dazu zwingend erforderlichen, exorbitanten Subventionierung ist mit der „Wasserstoffstrategie“ ja schon geklärt und dass der Wasserstoff dann vorwiegend (auf Deutschlands Kosten) im weit entfernten Ausland hergestellt werden soll.

### **Ein kleiner Inflationsausgleich auf Trittins Eiskugel reicht**

Beim CO<sub>2</sub>-Preis ist Frau Baerbock dann richtig kulant: Für die böse Industrie soll der Preis über den europäischen Emissionshandel Richtung 180 EUR/t gehen, weil die EU-Klimaziele angehoben wurden. Für Wärme und Verkehr reichen 60 EUR/t nach Entscheid des GRÜNEN-Vorstandes, damit die pendelnden Bürger auf dem Land mit kleinem Einkommen nicht (zu schnell) finanziell überfordert werden.

Für sie ist es klar: Wenn es in Deutschland keine Industrie mehr mit Wertschöpfung gibt, oder diese nur noch dank Subventionierungen wie in sozialistischen Ländern dahinvegetiert, zahlt der Staat jedem Bürger monatlich einfach 75 EUR [5] und alles bleibt beim gewohnten Alten. Ein bisschen Inflationsanpassung an Trittins 1-EUR-Eisbollen ist zwischenzeitlich ja mal erlaubt.

Wenn man über dem gesellschaftlichen Durchschnitt gleich drei Mal „was studiert“ hat (sicher nicht letzter Stand: Politikwissenschaften und öffentliches Recht, „Public International Law“, Doktorandin des Völkerrechts), ist man vollgestopft mit glänzendem Wissen.

Bald wird wohl der Dr. h.c. folgen. Und dann wäre es nicht mehr weit bis zur habilitationslosen Professur zu Ökoenergie-Stromnetzen. Beim DIW im Team der (habilitationslosen) Professorin für Wirtschaftswissenschaften und selbsternannten Fachfrau für Energie und Klima, C. Kemfert, ist sicher ein Platz frei, falls es weder mit der Kanzlerin, noch einem Ministerintitelt kurzfristig etwas werden sollte.

### **Quellen**

[1] Nebeneinkünfte, Kurzstreckenflüge, Waffenlieferungen: Annalena Baerbock | maischberger. die woche: [YouTube](#)

[2] Tichys Einblick 27.05.2021: Grüne Hybris: „Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.“

[3] EIKE 29.01.2020: Die Ökoenergie Speicher-Lösung ist so einfach. Es muss sie nur jemand bezahlen

[4] EIKE 22. August 2019: Wie man den Bürger als immer dümmer verkauft, oder ein Öko-Speichervolumen von 1.280 Haushalten wundersam auf 100.000 Haushalte erhöht

[5] RND 29.05.2021: Baerbock schlägt 75 Euro „Energiegeld“ vor

[6] EIKE 13.01.2019: GRÜNE Energieweisheit würde die Stromkosten um ca. 2,5 EUR/kWh erhöhen

\*) Quelle: [eike-klima-energie.eu](http://eike-klima-energie.eu) bzw. <https://dieunbestechlichen.com/2021/07/annalena-baerbock-ist-und-bleibt-die-ausgewiesene-fachperson-fuer-stromnetze-und-speichertechnologie/>

\*\*\*\*\*

### **Die grünen Abzocker**

*Von Vera Lengsfeld*

**Will die Grüne Bundespartei uns sagen, dass der Grüne Landesverband seine Mitglieder belogen hat, um der Landesvorsitzenden ein Gehalt auszuzahlen, obwohl sie nur wenig gearbeitet und stattdessen promoviert hat? Oder: Schwindelt die Grünen-Sprecherin, um Baerbocks 40.000 Euro Stipendium zu retten? Ein Gastbeitrag von**

Als ich im Dezember 1990 als Abgeordnete der Gruppe Bündnis 90/ Grüne in den Bundestag einzog, waren die Westgrünen dabei, einzupacken. Zur Erinnerung: Um der PDS nach der Vereinigung den Einzug ins Parlament zu sichern, überredete der damalige Vorsitzende der umbenannten SED Bärbel Bohley, die Galionsfigur des Neuen Forums, mit ihm vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, um durchzusetzen, dass die erste gemeinsame Wahl in zwei getrennten Wahlgebieten stattfinden muss. Natürlich argumentierte der clevere Anwalt allein mit den Wahlchancen des Neuen Forums und hatte Erfolg. Die Bundestagswahl 1990 fand in zwei getrennten Wahlgebieten statt. Bündnis 90/ Grüne überwand im Osten die 5%-Hürde, die Grünen im Westen scheiterten und mussten ihre sicher geglaubten Abgeordnetenbüros räumen.

**...wie man „Staatsknete“ abfasst**

So kam es, dass sich bald grüne Aktivisten bei mir einfanden, um mich darin zu unterrichten, wie man „Staatsknete“ abfasst. Das System hätte mit der grünen Fraktion bestens funktioniert, es müsste von uns unbedingt fortgeführt werden. Als ich sie fragte, wieso sie Geld von einem Staat haben wollten, den sie verachten, ja abschaffen wollen, sahen sie mich an wie eine Geisteskranke. Je mehr Knete man diesem System entziehen könnte, umso besser. Das sollte ich lieber schnell begreifen. Ich schickte sie weg. Ob sie bei anderen Kollegen von Bündnis 90/Grüne waren und dort mehr Erfolg hatten, weiß ich nicht. Ich erzähle diese Geschichte, weil sie beweist, wie Grüne schon immer agiert haben. Sie gehören zu den Typen, die meinen, ihnen stünde alles zu, was ihnen in den Sinn kommt. Meine Mutter würde sagen, sie gehören zum Stamme „Nimm“.

Dazu kommt eine ausgeprägte Leistungsfeindlichkeit. Die macht sich breit, seit die 68er den gesellschaftlichen Diskurs bestimmen. Sie haben die Erosion des Leistungsgedankens bewirkt. Als Profiteure des Wirtschaftswunders haben die 68er die Früchte der Arbeit ihrer Eltern genießen können, ohne selbst etwas dafür getan zu haben. Nach dem Studium gab es Arbeitsstellen für alle. Ein aufgeblähter öffentlicher Dienst, der ebenso aufgestockte Bildungssektor, die ausufernden öffentlich-rechtlichen Sender boten jede Menge Karrieremöglichkeiten. Für die Kinder dieser 68er hat sich das noch einmal durch staatlich finanzierte NGOs, Stiftungen und Bundeszentralen erweitert. Man braucht nur zuzugreifen, wenn man die richtige Gesinnung hat.

Die Erfahrung, etwas zu bekommen, wofür man nichts geleistet hat, ist inzwischen zu einer allgemeinen Erwartungshaltung in der Gesellschaft verkommen. Die Quote ist ein Symbol dafür.

**Nur noch die Quote spielt eine Rolle**

Annalena Baerbock ist das typische Produkt dieses Zeitgeistes. Bei ihrem Griff nach dem höchsten Amt im Staate spielte nur noch die Quote eine Rolle, die Qualifikation war kein Thema. Baerbock ist dabei offensichtlich von keinerlei Selbstzweifel gebremst worden, hatte sie doch die Erfahrung gemacht, dass sie nur zu fordern brauchte, um zu bekommen, was sie wollte.

Dafür ist ihr Promotionsstipendium ein Beispiel. Sie hat es vier Jahre bezogen, ohne ihre Dissertation je zu beenden. Natürlich kann man ihr zugutehalten, dass sie in diesen vier Jahren ihr erstes Kind bekam und deshalb verlängern durfte. Aber wer nach 23 Uhr noch ein Buch schreiben zu können behauptet, das der Öffentlichkeit präsentiert und dann eingestehen muss, dass in ihr Werk viele nicht gekennzeichnete fremde Ideen eingeflossen sind, muss sich nicht wundern, dass Fragen nach der angeblich fast fertigen Dissertation gestellt werden.

Unter dem Druck der Rechercheergebnisse von Tichys Einblick, ob sie berechtigt war, ein Stipendium zu beziehen, die u.a. von *Bild* aufgegriffen wurden, hat Baerbock verkündet, die Heinrich Böll-Stiftung gebeten zu haben, die Umstände ihres Stipendiums noch einmal zu prüfen. Damit hat sie allerdings den Bock zum Gärtner gemacht, denn die Stiftung dürfte kein Interesse daran haben, festzustellen, dass sie vor zehn Jahren nicht so genau hingesehen hat, als sie das Geld ausreichte.

Der Vorgang erinnert an die Prüfung der Dissertation von Franziska Giffey durch die FU Berlin. Da wand man sich lange, am Ende aber erfolglos, darum, anzuerkennen, dass es sich um eine Arbeit, voll von Plagiaten handelte, so dass Giffey der Titel entzogen werden musste.

Bei Baerbock geht es darum, ob sie berechtigt war, ein Stipendium zu beziehen, dass an die Bedingung geknüpft ist, dass der Stipendiat mehr als 50% seiner Arbeitszeit auf die Herstellung der Dissertation verwendet. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung schreibt in einer Richtlinie von 2009 vor, dass Stipendiaten der Begabtenförderungswerke keinen anderen Tätigkeiten nachgehen dürfen, die die Arbeitskraft „überwiegend“ in Anspruch nehmen. Nun hat Air Türkis für Tichy herausgefunden, dass der grüne Landesverband seiner Vorsitzenden eine Vergütung gewährte, weil sie mehr als 50% ihrer Arbeitskraft für die Partei einsetze.

Diese Entdeckung hätte eigentlich dazu führen müssen, dass Baerbock umgehend ihr Stipendium zurückzahlt und sich der Diskussion stellt, ob sie charakterlich für das Amt, das sie nach wie vor anstrebt, geeignet ist. Stattdessen versuchen die Grünen wieder zu leugnen. Air Türkis zitiert eine Äußerung der grünen Pressestelle:

*„Frau Baerbocks Hauptfokus lag in diesen Jahren auf der Arbeit an ihrem Promotionsvorhaben, das parteipolitische, im Kern ehrenamtliche Engagement fand insbesondere in den Abendstunden und an Wochenenden statt. Ihren Pflichten als Stipendiatin – z.B. Teilnahme am Begleitprogramm, regelmäßige Berichte über den Forschungsverlauf – ist Frau Baerbock selbstverständlich – auch nach Auskunft der Heinrich-Böll-Stiftung – während der Förderung nachgekommen.“*

### **Unangenehme Fragen**

Dem hält Air Turkis allerdings entgegen: „Einem [offiziellen Finanzbericht](#) des Grünen Landesverbandes geht schwarz auf weiß hervor: „Die Landesvorsitzenden arbeiten ehrenamtlich, geben aber weit mehr als 50 % ihrer Arbeitszeit für den Landesverband“.

Air Türkis schlussfolgert:

„Nun stellt sich die Frage:

- ! Will die Grüne Bundespartei uns sagen, dass der Grüne Landesverband seine Mitglieder belogen hat, um der Landesvorsitzenden ein Gehalt auszuzahlen, obwohl sie nur wenig gearbeitet und stattdessen promoviert hat?**

Oder

**! Schwindelt die Grünen-Sprecherin, um Baerbocks 40.000 Euro Stipendium zu retten?**

Es gibt nur diese beiden Möglichkeiten“.

Wer, wie die grüne Pressestelle agiert, hat kein Unrechtsbewusstsein, sondern reagiert lediglich genervt auf Entdeckungen, die aus ihrer Sicht nie hätten gemacht werden dürfen. Wieder einmal werden die Grünen von der hässlichen Realität eingeholt. Wir dürfen gespannt sein, wie lange sie brauchen, um einzustehen, dass sie sich mit der Kanzlerinnenkandidatennummer verzockt haben.

(Quelle: Der Beitrag erschien zuerst bei <https://vera-lengsfeld.de/> und auf <https://philosophia-perennis.com/2021/07/14/die-gruenen-abzocker/>.)

\*\*\*\*\*

**Die Verantwortlichen ducken sich weg und gefährden unsere Demokratie!**

*Von Peter Helmes*

**Ein kritischer Kommentar zur Flutkatastrophe**

„Der Klimawandel ist an allem schuld“, hört man die Leute unkritisch sagen. Ich bin niemandem gram hierüber – viele wissen es ja nicht besser, weil man ihnen wichtigste Informationen in den Medien vorenthält.

„Der Kapitalismus ist schuld“, schreien die Kinder der rot-grünen Agitationspartei um Baerbock, Trittin und den „Kinderfreund“ Cohn-Bendit (Buch: Der große Bazar).

Daß über Jahrzehnte gegen drohende Überschwemmungen oder Starkregen-Phasen nichts politisch unternommen wurde, daran sind in **NRW und RLP** die jahrelang das Umweltministerium innehabenden **GRÜNEN schuld** - so z.B. im Kabinett Kraft von Juni 2012 bis Juni 2017 - kurz unterbrochen durch die unter Kraft notwendig gewordene Selbstaflösung des Landtags, da ihr völlig unausgeglichener Haushaltsentwurf vom Parlament abgelehnt werden mußte, um größeren Schaden von NRW abzuwenden.

Und in **Rheinland-Pfalz** hatte **Ulrike Höfken von den Grünen** ebenfalls bereits seit 2011 das Amt der Umweltministerin inne, bis herauskam, dass sie im Rahmen einer permanenten Partei-Patronage zugunsten ihrer grünen Ministeriumsbeamten und Parteifreunde grob alle Rechte verletzend deren Beamtenbeförderungen und die damit verbundenen unmäßig hohen Gelder und Bezüge der Grünen-Kumpel in schwindelerregende Höhe getrieben hatte.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit, der CDU und der AfD musste Höfken schließlich vom Amt der Umweltministerin zurücktreten und abdanken. Bis zuletzt klebte sie an ihrem Stuhl. Ihre Nachfolgerin Anne Spiegel, ebenfalls eine grüne Kaderfreundin, ist seit ca. Januar 2021 im Amt.

**Die Grünen haben es in mehr als zehn Jahren als Verantwortliche des Umweltministeriums total versäumt, auf die vielen Mahnungen aus den Reihen der CDU und der AfD richtig zu reagieren und den Unsinn von der grünen Transformation der deutschen Landwirtschaft mit der unseligen Verkarstung großer Anbauflächen zu unterlassen und zu korrigieren.**

Nicht nur, daß hierdurch der Grundwasserspiegel drastisch abgesenkt wurde, nein, diese von der grünen Transformation zu verantwortende **Verkarstung** der landwirtschaftlichen Böden nimmt das Regenwasser nicht mehr auf, das daraufhin in Sturzfluten in die Bäche, Flüsse und

Ströme abfließt und katastrophale Überschwemmungen provoziert mit vielen Toten und Verletzten.

Denn – wie sogar GREENPEACE feststellte – **durch die Verkarstung der Böden sinkt der Grundwasserspiegel** – die Oberfläche ist hierbei derart wasserundurchlässig, daß das Regenwasser nicht mehr in den Boden eindringen kann.

Das alles kommt **nicht** durch trockene Sommer, wie uns die Moderatoren vom Deutschen Wetterdienst (DWD) täglich fälschlicherweise weiß machen wollen!

Das Regenwasser fließt an der verkarsteten Oberfläche der Böden entlang und schießt in den Flussbetten mit hoher Geschwindigkeit in Richtung der großen Flüsse und dann in die Nordsee, die Ostsee und ins Schwarze Meer.

Lokal kommt es dann zu allen niederreißenden Wasserströmen, Häuser und Brücken stürzen ein, Menschen können der Flut nicht mehr rechtzeitig entkommen und ertrinken jämmerlich!

Dieser tödliche Unsinn von der „Großen Transformation“ (vgl. WBGU 2011-Schellnhuber) mit Stilllegung eines Großteils der Agrar-Anbau-Flächen und das Transformations-Ziel von der „Urbanisation“ und der **Entvölkerung der ländlichen Gegenden**, das alles muß **sofort gestoppt** werden, bevor wir alle – unfrei wie Sklaven – in dieser **öko-faschistischen Diktatur** zugrunde gehen. (Selbst „Greenpeace“ wies – wie erwähnt- auf dieses **Problem der Verkarstung aller Agrarflächen** (s.o.) hin:

[www.greenpeace.de/themen/klimawandel/folgen-des-klimawandels/ursachen-des-jahrhunderthochwassers/](http://www.greenpeace.de/themen/klimawandel/folgen-des-klimawandels/ursachen-des-jahrhunderthochwassers/)

Der Wetterberichterstatter **Sven Plöger**, ein sog. „**Pionier des Wandels**“ im Sinne der „großen Transformation“ (der „DDR“-Ausdruck vom „Pionier des Wandels“ stammt von Schellnhuber), versucht zur Zeit - zum Glück völlig ohne Erfolg -, uns weiszumachen, daß der Nordpol durch den „Klimawandel“ und die heißen Sommer der letzten zwei Jahre bereits so gut wie abgeschmolzen sei, weshalb sich über Deutschland permanente Tiefdruckgebiete mit Starkregen-Zonen bilden. Sein Buch: „Zieht Euch warm an, es wird heiß“ ist eine einzige Lobhudelei auf die öko-marxistische Ideologie von der „großen Transformation“ und der „Abschaffung des Kapitalismus“.

Und heiß wurde es nicht. Im Gegenteil: die Heizkosten zwischen Oktober 2020 und Ende Mai 2021 waren im Vergleich zum Vorjahr fast doppelt so hoch. Permanente Nachtfroste - und das lästige Kratzen der Auto-Scheiben am Morgen - das haben wir nicht vergessen. Die Durchschnittstemperatur im besagten Zeitraum lag um 5,4 Grad unter den Temperaturen des Vorjahres.

Auch wenn der „Wetter-Mann“ Sven Plöger manches „süffisant-scherzhaft“ formuliert, ist es ihm bitter ernst mit der Forderung nach Abschaffung unserer bisherigen demokratischen Gesellschaftsordnung sowie der nun erforderlichen **Unterordnung unserer persönlichen Freiheitsrechte unter die „große Opfer von uns verlangende“ Natur!**

Noch vor einem Jahr sehnte Plöger „*endlich mal einen starken, dauerhaften Regen*“ herbei, weil sonst die Trockenheit durch die abgesenkten Grundwasserspiegel viele Quadratkilometer große Waldbrände verursachen würden. Jetzt übergossen uns die Wassermassen mit 200 Litern pro Quadratmeter pro Stunde! Sind Sie jetzt zufrieden, Herr Plöger???

(s.u.a.: [www.ardmediathek.de/video/talk-am-dienstag/hier-spricht-berlin-sven-ploeger/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RILmRIL3RhbGstYW0tZGllbnN0YWcvMzhhMjA4NTgtNWZmMi00NWl4LTkyZDAtNzY1NzJjOGI2YTBI/](http://www.ardmediathek.de/video/talk-am-dienstag/hier-spricht-berlin-sven-ploeger/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RILmRIL3RhbGstYW0tZGllbnN0YWcvMzhhMjA4NTgtNWZmMi00NWl4LTkyZDAtNzY1NzJjOGI2YTBI/))

In der Fernsehsendung „Verstehen Sie Spaß“ machte sich dieser glorreiche „Wetterexperte“ Plöger dann derart lächerlich, daß sich Annalena Baerbock fortan in dieser Eigenschaft ein Beispiel an ihm nahm. ([www.youtube.com/watch?v=GJhAKv5OFvI](http://www.youtube.com/watch?v=GJhAKv5OFvI))

Der bekennende Links-Transformatiker **Sven Plöger** vom **DWD**, dem **Deutschen Wetterdienst**, untersteht in all dem, was er so sagt, dem **Deutschen Klima-Konsortium (DKK)**, in dem viele Verbände und sogar Universitäts-Arbeitsgruppen „auf die Ideologie des **Club of Rome**“ eingeschworen werden.

Viele Jahre lang war (und ist?) der **Präsident** der deutschen Sektion des **Club of Rome**, **Mojib Latif** (der sich selbst „Klimaforscher“ nennt!) gleichzeitig auch **Vorstandsvorsitzender des Deutschen Klima-Konsortiums DKK!** ([www.deutsches-klima-konsortium.de/de/impressum.html](http://www.deutsches-klima-konsortium.de/de/impressum.html))

Nur Verbände, Vereine, Institutionen usw. dürfen Mitglieder im DKK sein – so wie der Deutsche Wetterdienst **DWD**.

Und schauen Sie mal, welche weiteren Institutionen und „Klima“-Vereine, aber auch medizinische Gruppierungen, Universitäten, Stiftungen da alles Mitglieder im DKK sind! Wer das liest, dem geht spätestens jetzt ein Licht auf, wieso in ARD und ZDF immer wieder diese Verbände im DKK - gebündelt unter dem Vorsitz des Mojib Latif (Club-of-Rome-Präsident in Deutschland) und deren „Experten“ in den Talkshows, den Nachrichten und im Morgenmagazin - konzentriert auftreten: ([www.deutsches-klima-konsortium.de/de/ueberuns/organisation/mitglieder.html](http://www.deutsches-klima-konsortium.de/de/ueberuns/organisation/mitglieder.html))

Aus der Homepage:

ZITAT:

„MITGLIEDER

Mitglieder des DKK

Die Mitgliedsinstitutionen des Deutschen Klima-Konsortiums zählen zu den führenden deutschen Forschungseinrichtungen im Bereich der Klimaforschung und Klimafolgenforschung. Dazu gehören Universitäten, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden. Gemeinsam decken sie zahlreiche Facetten und Disziplinen der Klimawissenschaften ab.

!



o [Alfred-Wegener-Institut  
Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung \(AWI\)](http://www.awi.de)

!



! [Bundesamt für Kartographie und Geodäsie \(BKG\)](http://www.bkg.bund.de)

**Berlin University Alliance**   
Freie Universität Berlin  
Humboldt-Universität zu Berlin  
Technische Universität Berlin  
Charité – Universitätsmedizin Berlin



- [Berlin University Alliance \(BUA\)](#)

!



- [Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit \(CEN\), Universität Hamburg](#)

!

**CENTER  
FOR SUSTAINABLE  
SOCIETY RESEARCH**

- [Center for Sustainable Society Research \(CSS\)](#)

!



- [Deutsches Klimarechenzentrum \(DKRZ\)](#)

!



- [Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt \(DLR\), Institut für Physik der Atmosphäre](#)

!



- [Deutscher Wetterdienst \(DWD\)](#)

!



- [Future Ocean Netzwerk an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel](#)

!



- [Forschungszentrum Jülich \(FZ Jülich\)](#)

!



- [GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel](#)

!



- [Helmholtz-Zentrum Potsdam  
Deutsches GeoForschungsZentrum \(GFZ\)](#)

!



- [Helmholtz-Zentrum Hereon](#)

!



Institut für transformative  
Nachhaltigkeitsforschung

- [Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung \(IASS\)](#)

!



- [Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde \(IOW\)](#)

!



- [Institut für Umweltphysik \(IUP\) und MARUM – Zentrum für Marine  
Umweltwissenschaften, Universität Bremen](#)

!



- [Karlsruher Institut für Technologie \(KIT\), Institut für Meteorologie und  
Klimaforschung](#)

!



- [Max-Planck-Institut für Biogeochemie \(MPI-BGC\)](#)

!



- [Max-Planck-Institut für Chemie \(MPI-C\)](#)

!



- [Max-Planck-Institut für Meteorologie \(MPI-M\)](#)

!



- [Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung \(PIK\)](#)

!



- [Leibniz-Institut für Troposphärenforschung \(TROPOS\)](#)

!



- [Umweltbundesamt \(UBA\)](#)

!



- [Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung \(UFZ\)](#)

!



- [Universität Hohenheim \(UHOH\)](#)



- [Heidelberg Center for the Environment \(HCE\)](#) – Zitat-Ende

All diese Institutionen, Verbände, NGOs, „Forschungsinstitute“ und „Stiftungen“ werden vom Club of Rome gezielt zur Durchsetzung der Ideologie der „großen Transformation“ eingesetzt.

**Eckart von Hirschhausen**, mittlerweile **Vollmitglied im Club of Rome** und Sprecher der Club-of-Rome-Vereinigung „**Scientists for Future**“- zusammen mit **Maja Göpel** u.a. ( <https://clubofrome.de/members/eckart-von-hirschhausen/> ) , gab Sven Plöger eine Plattform, um dessen Buch „Zieht Euch warm an, es wird heiß!“ vorzustellen. Und natürlich schrieb von Hirschhausen **für Plöger ein ganzes Buchkapitel...**

Hier das „Werbe“-Interview für die „erste globale Revolution“ des Club of Rome - mit Sven Plöger: ([www.youtube.com/watch?v=FkVi9QZKaro](http://www.youtube.com/watch?v=FkVi9QZKaro))

**ab min.: 49** wird er mehr als deutlich, daß er sich wünscht, unsere Freiheit sehr stark zu beschneiden! - um „Ausbeutung zu vermeiden“ - die meisten Sprüche kennen wir so oder ähnlich aus dem „Kapital“ von Karl Marx. „**Freiheitseinschränkung** ist“ – so sagt Hirschhausen – „**Gewinn an Lebensqualität!**“

Plöger erwähnt die **Rosby-Wellen**, die den **Jet-Stream** derart verändern, daß Extremwetterlagen sich jetzt alle paar Monate wiederholen, wenn wir nicht **unser Gesellschafts-, Wirtschafts- und Politiksystem radikal revolutionär verändern....**

„*Akzeptiert endlich Karl Marx. Lenin, Stalin und Honecker, damit es wieder ruhige Wetterlagen auf dem Planeten gibt!*“ So oder so ähnlich lautet wohl die Quintessenz des ganz offensichtlich dem Club-of-Rome treu dienenden Neo-Marxisten Sven Plöger! **Vgl. min 56 ff** des marxistischen „Werbefilms“ von Plöger und von Hirschhausen – die beiden Protagonisten sind nur noch **Mega-peinlich!**

Aber die *Dummen*, die ihnen glauben und ihnen folgen, liegen in der Größenordnung des Stimmenanteils der Grünen bei Wahlen, also bei fast 17%, wenn die Umfragen stimmen, was jedoch bezweifelt werden darf. Wie man mir sagte, haben manche dieser *Dummen* einen durchschnittlichen **IQ von sieben.**

### **Die zwei großen ökologisch ausgerichteten politischen Strömungen:**

In der aktuellen deutschen Politik (mal abgesehen von der AfD) gibt es nur noch zwei politische Ausrichtungen:

**A) die radikal-revolutionär unseren Wohlstand abschaffenden und unsere Gesellschaft ent-demokratisierenden rot-grünen Öko-Faschisten**  
und

**B) die Richtung des Markus Söder (und Gefolgschaft), der die Irrlehren vom menschengemachten Klimawandel „akzeptiert“, nun aber einen gesellschaftlichen Umbau fordert, der unseren Wohlstand - trotz Billionen Euro für die Klimawandel-Kosten - irgendwie erhalten will, über dieses rein verbale Versprechen jedoch nicht hinauskommt, weil er uns unseren bedrohten Wohlstand nicht garantieren kann. Bei**

**seinem gesellschaftlichen Umbau setzt Söder auf alle Nachteile ausgleichende moderne Technologien....**

**Beide Wege sind FALSCH!**

Beide Gruppierungen berufen sich auf die Berücksichtigung der **NACHHALTIGKEIT** im Politischen Handeln.

**Aber der Begriff: „Nachhaltigkeit“ wird in Europa völlig unterschiedlich definiert - selbst in den Reihen der Grünen.**

Beim Thema: nachhaltige Energiegewinnung beziehen die Franzosen ausdrücklich die **ATOMKRAFT** mit ein – und werden auf unabsehbare Zeit von dieser Bedingung beim Weg zur „Klima-Neutralität“ (was für ein unsinniger und wissenschaftlich nicht haltbarer Begriff) nicht abrücken. Vor drei Wochen bekannte sich Macron noch einmal ausdrücklich zur Atomenergie. Darüber könnte die französisch-deutsche Freundschaft in die Brüche gehen. Und wenn – was nie sein wird – A. Baerbock Kanzlerin würde und Marine Le Pen französische Staatspräsidentin, was wäre dann? Würde Baerbock sich weigern, mit Mme. Le Pen zu reden?

Auch **die finnischen Grünen** bestehen auf dem Einsatz der Atomenergie, wenn es um den Begriff Nachhaltigkeit geht. Direkt unter der Hauptstadt Helsinki bauen die Grünen fünf neue Atomkraftwerke (bitte googlen). Und selbst Bill Gates plant in der Nähe von Marseille den Bau eines Atommeilers – ähnlich einem schnellen Brüter.

**Der Weg der „Grünen“ und der CSU:**

Daß der grün-rote Öko-Faschismus in einer **DDR 2,0** enden wird, dürfte jedermann klar sein. Aber auch Söders Weg ist strikt abzulehnen, da der Ausgangspunkt seiner Politik ganz offensichtlich auf Unwahrheiten und Manipulationen aufbaut. Das alles läßt eher die Frage aufkommen, ob Söder nicht sogar mit dieser (schlechten) Strategie lediglich versucht, sich mit den „Grünen“ einen Koalitionspartner zu erhalten, damit die CSU (und die wohl hinterher trottelnde CDU) auch weiterhin an der Macht bleiben können?!

Gib einem Roten, der sich grade ein grünes Mäntelchen umhängt, den kleinen Finger – und er nimmt die ganze Hand.

**Solche Faust'schen Verführungen enden immer in der Hölle, Herr Söder!**

Beide Gruppierungen – **A und B** – gefährden unsere im Grundgesetz verankerten Werte und mißachten in höchstem Maße durch die radikale Beschneidung unserer Freiheit auch unsere unantastbare Würde; sie sind somit verfassungsfeindlich und grundgesetzwidrig. Denn beide politischen Richtungen sind nur dann möglich, wenn die **Politik von den Wissenschaften verlangt**, daß die freien Wissenschaften lediglich dann eine Existenzberechtigung haben, **wenn sie der Politik, den Ideologien und den gesellschaftlich-programmatischen Politikzielen dienen!**

**Das wäre und ist dann de facto das ENDE aller freien Wissenschaften.**

**H.J. Schellnhuber** formulierte diesen **Anspruch von der dienenden Wissenschaft** wörtlich exakt so in seinem WBGU-„Gutachten“: Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“, 2011 - S. **S. 27**- Kurzform für Leistungsträger:  
Zitat:

„Dabei wird die **Wissenschaft** eine entscheidende, wenngleich **dienende Rolle** spielen.  
...Nachhaltigkeit ist nicht zuletzt eine Frage der Phantasie“.....

(Aus: [www.bundestag.de/resource/blob/434158/6fbf11d713565fa35d4387383389407d/adrs-18-228-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/434158/6fbf11d713565fa35d4387383389407d/adrs-18-228-data.pdf))

### **Übers Wetter reden alle gern – das war schon so bei Ur-Omas Kaffeekränzchen**

Unter das Thema „Wetter“ kann man inhaltlich alles packen, was immer man will, denn übers Wetter läßt sich trefflich streiten.

Mittlerweile wird jedes Zeitgeschehen – von Corona bis zum Starkregen, von Fleischkonsum bis zur individuellen Mobilität, von veganer Ernährung bis zum Verbot des Fliegens und der Kreuzfahrtschiffe – mit „**Wetter und Klima**“ erklärt, verteuft und als ultimativer Lösungsweg mit der „**ersten globalen Revolution**“ (**Club of Rome**) als einzigem Ausweg begründet.

Und spätestens jetzt wird Ur-Omas Kaffeekränzchen politisch so gefährlich wie die Machtergreifung Hitlers in der Weimarer Republik, um nur ein Beispiel zu nennen! Dieser revolutionäre Weg des Club of Rome, den nun auch von Hirschhausen und Plöger als „Pioniere des Wandels“ (die DDR kannte ja auch solche ideologischen Pioniere bei der FDJ) beschreiten, wird in Salami-Taktik Schritt für Schritt von den Protagonisten und den rot-grün fanatisierten Medien weiter verfolgt.

### **Der „lachende Vagabund“ – unsere vielreisende, unsensible Kanzlerin Dr.h.c. Merkel**

Heute grinste Angela Merkel über beide Wangen, am Rednerpult Nummer eins stehend, während der Pressekonferenz im Kreis Ahrweiler, während Malu Dreyer - den Tränen nah - vom zweiten Rednerpult aus zu den Opfern der Flut und zum Thema der Katastrophe sprach.

Vorgestern grinste Laschet – wahrscheinlich wegen einer von depperten Journalisten an ihn gestellten Frage – während Steinmeier seine auswendig gelernten Pflichtphrasen zu den schrecklichen Überschwemmungen ins Mikrofon hauchte. („Wir sind mit Ihnen solidarisch“).

Ich möchte hier keinen der genannten Politiker besonders in Schutz nehmen, zumal einmal mehr allgemeine vollmundige Versprechungen abgegeben worden waren, man wolle sofort mit hohen Geldsummen und politischen Hilfen die Situation der Opfer verbessern. Die Summen wurden bewußt NICHT konkret genannt, was jede Planungssicherheit zunichtemacht. Die „Corona-Hilfen“ für den Mittelstand ließen ja lange auf sich warten - zu lange!

Es ist zu befürchten, daß es ein weiteres Mal beim leeren Geschwätz dieser Politiker bleiben wird.

Aber daß **Angela Merkel** angesichts der Dramatik der Situation in Deutschland **es nicht für nötig gehalten** hat, ihre Feier bei der von Bill Gates finanzierten Johns-Hopkins-Universität zu unterbrechen und abzusagen, um **sofort nach Deutschland zu den Katastrophen-Opfern zu eilen**, das zeigt einmal mehr, wie geringschätzend sie das Schicksal tausender unbescholtener Bürger in dieser Katastrophe behandelt im Vergleich zur Bill-Gates-Universität, deren Aktionen unerträglich inhuman waren und sind – von tödlichen Medikamentenversuchen an Strafgefangenen bis hin zur Zwangssterilisierung von 250.000 Frauen in Guatemala, bis hin zur Propagandierung der nicht an Fristen gebundenen Abtreibungen weltweit – s.a.a.O. u.a. die conservo-Beiträge 2017/2018/2019).



Wer einen **Dr. h.c.**, eine „**Ehren-Doktor-Würde**“, seitens der überall in der Kritik stehenden und die Tötung ungeborener Kinder fördernden „JHU- Universität“ derart hoch einstuft, daß er sein Volk vergißt. der darf zu Recht als „Kanzlerin“- keinen Respekt mehr seitens der Bürger erwarten.

### **Das ist das eigentlich Beschämende.**

**Olaf Scholz** – gewiss kein Unbescholtener – war jedoch unmittelbar zeitnah zur Katastrophe zusammen mit Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz persönlich am Ort, um den vielen Opfern Trost und Anteilnahme zu spenden und zu zollen. Daran werden sich viele auch in Zukunft noch dankbar erinnern.

Es ist Wahlkampf – da holen wir die Gummistiefel raus, die Roten ziehen ihr grünes Mäntelchen an, der **CSU-Vorsitzende** will mit den Grünen und deren vom Ausland bezahlten NGOs auch weiterhin mitspielen dürfen, und kopiert deren Themen, um unseren Wohlstand zu garantieren.

Die **FDP** übt schon mal fleißig den Spagat zwischen „grün-rot-ökoliberalen“ Positionen, um sich alle Optionen offen zu halten, die **SPD** scheint inhaltlich zwischen Merkels rosa „Tütü“ und den arrogant-linksintellektuell daherkommenden Party-Gängern der „Linken“ thematisch völlig aufgerieben worden zu sein (Sahra Wagenknecht schrieb hierüber ihr letztes Buch) und die AfD hat hierbei noch den besten Wahlkampfspruch auf Lager:  
**„Deutschland – aber normal!“**

Wir alle wünschen uns den **Weg zurück – zu normalen stabilen Verhältnissen**, zu Zeiten, in denen sich Leistung noch lohnte, in denen wir unser Leben innerhalb eines weit gesteckten Rahmens frei und nach unserem Lebensplan gestalten durften auf der Suche nach unserem persönlichen Glück und zum Wohle aller, auch der Armen, der Kinder, der Kranken, Schwachen und Behinderten, die von unserer Solidargemeinschaft gefördert und geschützt wurden.

Stattdessen setzt sich der Chef-Ideologe der Grünen, **Peter Singer** („Gobal Ethic“) dafür ein, behinderte Kinder bis zum Erreichen des ersten Lebensjahres schmerzfrei töten zu dürfen (s.a.a.O.).

**Wir alle wünschen uns sehnlichst, daß endlich wieder die Familie als Grundpfeiler einer wahrhaft freien Gesellschaft sowie jeder einzelne Bürger mit seinen Interessen und seinen Freiheitsrechten, die es zu schützen gilt, IM MITTELPUNKT JEDWEDER POLITIK STEHEN!**

Stattdessen bringen wir dem neuen goldenen Kalb, dem Götzen-„Gott“ namens **NATUR**, finanzielle Opfer in Billionenhöhe dar – in der Hoffnung, als kleine Menschlein Herrscher über Wetter und Klima sein zu können.

Das glaubten die „alten Indianer“ ja auch schon – und trommelten Sonne und Regen herbei. Das war zwar genauso ineffektiv wie die Forderungen im Pariser Klima-Abkommen. Aber es war **wesentlich billiger** als die zurzeit erfolgende Zerstörung unserer Wirtschaftssysteme und unserer Demokratie zugunsten des bereits von der Ur-Oma beim Klatsch mit den Kaffeetanten heiß diskutierten „Wetters“.

**Ceterum censeo: Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf!**

\*\*\*\*\*

## **Es wird enger für die Union – Ein alarmierender Parteiaustritt nach 52 Jahren**

*Von Peter Helmes*

Wer gedacht hat, die Bundestagswahl d. J. sei für die CDU so gut wie gelaufen, hat die Entwicklung der letzten Wochen verpaßt oder falsch interpretiert. Ja, es lief anfangs überraschend gut für Armin Laschet. Doch immer mehr Zweifel an der Persönlichkeit des Unions-Kanzlerkandidaten stellten sich ein.

Schwer wog bereits sein Zaudern, rechtzeitig ein Wahlprogramm vorzustellen. Und die öffentliche Wahrnehmung eines anpackenden Unions-Kanzlerkandidaten war eher schwach. Und dann kam das Desaster: Mitten in der schlimmsten Katastrophe unseres Landes seit Jahrzehnten besucht Laschet zwar die furchtbar getroffene Ahrregion, aber statt Betroffenheit, Empathie und Mitleid zeigen die in alle Welt ausgestrahlten Bilder seines Besuches einen feixenden, lachenden „Kanzlerkandidaten“, dem das Elend rundum Vergnügen zu bereiten schien.

Welch Gründe auch immer Laschet veranlaßt haben mögen, ausgerechnet an diesem Ort zu lachen – sie sind unverzeihlich. Der „Kandidat“ hat sich damit selbst von hinten durchs Knie mitten ins Herz geschossen, ein Blattschuß, von dem er sich bis heute nicht erholen konnte. Seine Umfragewerte sinken, während die der jämmerlichen Grünen-Kandidatin Baerbock wieder steigen.

### **Schuß ins Herz der Union**

Nun kommt der nächste Schuß, der die Union voll ins Herz trifft:

**Dr. Florian Stumfall ist aus der CSU ausgetreten.**

**Mit Florian Stumfall verliert die Union einen kompetenten Konservativen und einflußreichen Intellektuellen – ein Mann, der die meisten Berufsjahre im Zentrum der CSU und in enger Zusammenarbeit mit Franz Josef Strauß verlebt hat, unter anderem viele Jahre Redakteur des Bayernkurier.**

Ich kenne Florian seit rund 50 Jahren und bin mit ihm in enger Freundschaft verbunden. Von daher weiß ich, daß ihm jetzt bei seiner Austrittsentscheidung zwar sein Herz blutet, er aber angesichts des durch nichts zu rechtfertigenden Kurses „seiner“ Partei keinen Ausweg mehr sah, als die CSU zu verlassen. Ich respektiere die Entscheidung; denn ich weiß, daß sie aus dem tiefsten Inneren kommt und nichts mit Karriereinflüssen zu tun hat.

Ich wünsche Florian alles Gute, eine stabile Gesundheit und die Bewahrung unserer Freundschaft.

Peter Helmes

-----

Lesen Sie, was der bekannte Blogger Haisenko zu Stumfalls CSU-Austritt schreibt:

### **Das nächste „Urgestein“ verläßt die CSU im Zorn**

Von Peter Haisenko

**Die Abo-Zahlen der etablierten Printmedien brechen seit langer Zeit ein. Bei den Parteien sieht es ähnlich aus. Dass nicht nur „Querdenker“ Kritik am Regierungshandeln üben, zeigt jetzt der Parteiaustritt eines „Urgesteins“ der CSU und er begründet das mit einer langen Liste des Versagens.**

Florian Stumfall war nicht irgendjemand in der CSU. Immerhin war er seit 52 Jahren Mitglied und darf getrost als „Urgestein“ dieser ehemaligen Volkspartei bezeichnet werden. Sein Werdegang ist „klassisch konservativ“: Humanistisches Gymnasium bei den Jesuiten, Studium Politik, Philosophie, Volkswirtschaft, Promotion. Er ist Autor mehrerer Werke und sowohl seine philosophischen Ausführungen als auch seine politischen Analysen zeugen von seinem wachen Verstand und der Fähigkeit, Dinge richtig einzuordnen. So war er als CSU-Mitglied 25 Jahre politischer Redakteur beim Bayernkurier, fünf Jahre außenpolitischer Referent in der CSU-Landesleitung – daneben teilweise Referent von Alfons Goppel im europäischen Parlament und zuvor Referent der Hanns-Seidel-Stiftung. Das alles in der Ägide Strauß. Nebenbei ist er ein profunder Kenner der Zustände in Afrika. Dazu am Ende mehr.

Was also kann einen Mann mit dieser Lebensleistung veranlassen, „seiner“ Partei, seiner politischen Heimat nach 52 Jahren den Rücken zu kehren? Und das im Zorn, wie sein Austrittsschreiben an den Ministerpräsident und Parteivorsitzenden Söder erkennen lässt. Mit diesem Schreiben, das man eher als Brandbrief bezeichnen sollte, geht Stumfall hart ins Gericht mit den „Leistungen“ für Deutschland und seine geliebte Heimat Bayern, an denen auch die CSU maßgeblich beteiligt ist. Wir wollen Ihnen diese Analyse nicht vorenthalten und stellen sie hier als „offenen Brief“ vor. Geradezu tragisch erachte ich die Überlegung, wem Florian Stumfall bei der kommenden Wahl seine Stimme noch geben kann und wird.

Brief des ehemaligen CSU-Mitglieds Florian Stumfall vom 12. 7. 2021:

Herrn Ministerpräsidenten  
Dr. Markus Söder MdL  
CSU-Landesleitung  
Mies van der Rohe Str. 1  
80807 München

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

seit ich Ihre ersten Schritte im Landtag publizistisch begleitet habe, ist sehr viel anders geworden, vor allem die CSU. Ich will deshalb hier eine politische Summa der Politik der CSU und im besonderen die Rolle darstellen, welche die CSU als Koalitionspartner in den Regierungsjahren Merkel gespielt hat. Bilanzen aber müssen ehrlich sein, in diesem Falle schonungslos.

#### **Nach Merkels Kanzlerschaft stellt sich der Zustand Deutschlands wie folgt dar:**

Die Staatsschulden belaufen sich auf etwas über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was lediglich dem Umstand zu verdanken ist, daß wegen der Politik der EZB keine Zinsen gezahlt werden. Die Risiken aus den Target-Ansprüchen und solchen aus der Politik der EZB übertreffen die 2-Billionen-Grenze und somit jedes vernünftige Maß. Rechnet man zudem die implizierten Schulden, also die finanziellen Zusagen des Staates aus sozialen Ansprüchen der Bürger dazu, so beträgt das gesamte Soll rund 7,5 Billionen Euro. Dafür gibt es hier mit die höchsten Steuern und Abgaben weltweit.

Die Wirtschaft hält den Vergleich mit den Konkurrenten nicht mehr aus. Die Lohnstückkosten steigen, die Produktivität sinkt. Gerade diese beiden Parameter waren jahrzehntelang der Ausweis für die deutsche Leistungsfähigkeit. Was noch läuft, ist der Agenda 2010 des SPD-Kanzlers Schröder zu verdanken. Allerdings sind Arbeitsplätze im sechsstelligen Umfang wegen der Energiewende in Gefahr. Diese hat zu den höchsten Energiepreisen bei

gleichzeitiger fataler Unsicherheit der Versorgung geführt. Wird sie weiterhin betrieben, droht die Deindustrialisierung Deutschlands.

Die innere Sicherheit ist nicht mehr gewährleistet. Vor allem in manchen Großstädten gibt es ganze Viertel, in denen wegen der Herrschaft kulturfremder Sippen deutsches Recht nicht mehr durchsetzbar ist. Hilfskräfte, Polizei, THW, Feuerwehr oder Rotes Kreuz werden bei Einsätzen immer öfter angegriffen. Der Grund für eine solche Entwicklung ist die Politik der unbeschränkten Zuwanderung seit 2015. Jedes Jahr kommen Fremde im Umfang einer Großstadt ins Land, meist illegal und ohne daß sie von den Behörden notifiziert würden.

Weitere Folgen daraus: In der Sozialpolitik stellen die Alters- und Jugendarmut sowie die Wohnungsnot die größten Probleme dar. Ferner sinkt der Bildungsgrad der Bevölkerung auf breiter Front. Universitäten sind gezwungen, Orthographie-Kurse und solche für die Grundrechenarten einzurichten.

Das Justizwesen liegt darnieder. Oberstaatsanwalt Ralph Knispel von Berlin hat dies in seinem Buch: „Rechtsstaat am Ende“ gezeigt.

Nicht nur im Zusammenhang mit der Einwanderung hat das Recht weithin seine Bindungskraft verloren. So hat Merkel mit einem einzigen Satz während eines Interviews den Grundgesetzartikel 6, der den besonderen Schutz der Familie garantiert, ausgehebelt. Nur ein einziges weiteres Beispiel aus allzu vielen: Merkels Forderung vor der Welt, eine Landtagswahl müsse „rückgängig“ gemacht werden, zeugt von einem absoluten Unverständnis für demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze.

Die Infrastruktur des Landes ist marode. Brücken und Straßen entsprechen nicht mehr dem Standard. Das Stromnetz ist überaltert und kann jederzeit kollabieren. Die Bahn ist dringend sanierungsbedürftig. Die traditionell zentralen Industriezweige, der Autobau, die Chemie und die Pharmazie befinden sich am Rande des Niedergangs. Das Gesundheitssystem ist ruinös. Es ist gekennzeichnet von Ärztemangel und Krankenhäusern, die hoffnungslos überlastet sind. In Deutschland, einst „Apotheke der Welt“, kommt es zu Engpässen bei der Versorgung mit Medikamenten. Außerdem ist das Konstrukt kaum mehr finanzierbar.

Das Medianvermögen der deutschen Haushalte beträgt 51400 Euro. Im Euroraum insgesamt liegt es bei 109000. In Griechenland beispielsweise ist es doppelt so hoch wie hierzulande. Bei der Digitalisierung, seit zwölf Jahren von Merkel immer wieder und wortreich beschworen, befindet sich Deutschland auf dem Niveau eines Schwellenlandes.

Die Bundeswehr steht vor der Handlungsunfähigkeit, soll aber international bis zur Überdehnung und ungeachtet des Völkerrechts immer mehr Aufgaben übernehmen trotz des würdelosen Rückzugs aus Afghanistan. Sie ist zum Gegenstand des öffentlichen Spotts geworden.

Die Meinungsfreiheit wird mehr und mehr eingeschränkt. Eine wesentliche Rolle spielt dabei das Netzwerkumsetzungsgesetz, das den Weg zu umfassender Kontrolle und Zensur freigibt. Medienleute oder Wissenschaftler, die nicht der Regierungs-Linie folgen, müssen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes rechnen. Professor Bakhdi etwa hat wegen eines gescheiterten aber mißliebigen Buches sein Institut verloren. Daß Leuten, die in den freien Medien unbequeme Themen behandeln, der Zugang zum System gesperrt wird, ist längst Alltag. Zudem werden auf Grund jenes Gesetzes einzelne Beiträge in großer Zahl gelöscht.

Die von Merkel über viele Jahre geführte CDU hat sich während dieser Zeit von einem stabilen Satz über der Marke von 40 Punkten verringert bis auf teilweise deutlich unter 20 Prozent. Die bürgerliche Mitte der Gesellschaft hat in der CDU kaum noch eine politische Repräsentanz. So trägt Merkel auch ursächlich Schuld an der Ausbreitung der AfD. Im Kielwasser der CDU schwimmend, hat auch die CSU unter dieser Entwicklung zu leiden.

Die Regierung bricht Gesetze und Verträge, so wie beim diktierten Ausstieg aus der Kernenergie. CDU und CSU springen über jedes Steckerl, das die Grünen ihnen hinhalten. So kann ich mir nicht vorstellen, daß Ihnen, Herr Vorsitzender, unbekannt geblieben wäre, daß es sich bei CO2 nicht um ein Schadgas, sondern um die Lebensgrundlage alles aeroben Lebens auf dem Planeten handelt. Es werden rückwirkende Gesetze erlassen. Verfassungsrechtlich garantierte Freiheiten werden per Rechtsverordnung außer Kraft gesetzt, wobei ein Virus den willkommenen Vorwand liefert.

Die Grenzöffnung, die Energiewende, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die verschiedenen Euro-Rettungen, vor allem die EU-Politik der Auflösung nationaler Souveränität, welche den mit einem Widerstandsrecht bewehrten Artikel 20 GG verletzt – alles geschieht gegen Recht und Gesetz. Unter Merkel und mit der Unterstützung durch CDU und CSU hört Deutschland zunehmend auf, ein Rechtsstaat zu sein.

Das alles nach 16 Jahren Merkel und dies bei trotz des Niedergangs vorläufig immer noch prosperierender Wirtschaft und hohen Steuereinnahmen! Im günstigen Fall handelt es sich dabei um Versagen, im schlechteren um Destruktion.

Die CSU hat jede Entscheidung, die zu dieser verheerenden Bilanz geführt hat, kritiklos mitgetragen. Und es hat in 16 Jahren nie ein einziger Abgeordneter den Mut gefunden, im Bundestag aufzustehen und zu sagen: Frau Bundeskanzlerin, halten Sie ihren Amtseid und achten Sie das Recht!

Wer aber meint, damit sei es genug der Schrecken, der irrt. Das CSU-geführte Bundesinnenministerium hat den Entwurf zum Geschlechtseintragungs-Änderungsgesetz mit erarbeitet, der Kindern ab 14 Jahren die Entscheidung darüber gibt, welches Geschlecht sie haben wollen, unabhängig von einem Arzt und auch gegen den Willen der Eltern. Immerhin fürchtet man den Wähler und hält den Entwurf bis zum Wahltag weitgehend unter Verschuß. Hier wird der Schritt von einer katastrophalen Politik hin zum Verbrechen getan. Ungeachtet ihrer christlichen Referenz beteiligt sich die CSU an einer Sünde gegen die eigene Jugend, die in ihrer Verworfenheit an die Versuche von KZ-Ärzten erinnert.

Das ist nicht mehr die Partei, der ich vor 52 Jahren beigetreten bin, und für die ich ein Leben lang gearbeitet habe. Deshalb trete ich mit sofortiger Wirkung aus. Und die CSU täte einen Schritt der Ehrlichkeit, wenn sie das Franz-Josef-Strauß-Haus schnellstens umbenennen würde.

Denn früher hat die CSU dem Zeitgeist widerstanden und sogar der CDU etwas Halt gegeben. Heute beugt sie sich ihm in lustvoll-schmerzlicher Proskynese. Kennen Sie auch nur zehn Landtagsabgeordnete, welche die drei Prinzipien der Partei hersagen können, von der Bayern-Hymne ganz zu schweigen? Nein? Sehen Sie, in solch einem Zustand befindet sich die CSU!

Dieser Brief geht in Kopie an meinen Ortsvorsitzenden, Dr. Georg Kasberger, und ich behalte mir eine weitere Verwendung vor.

Ich bitte, mir kein Referenten-Spurschreiben zu schicken, ich kenne die Methode und empfinde sie als entwürdigend. Vielmehr erwarte ich keine Antwort.

Dr. Florian Stumfall

-----

Auch im Original, also im Brief, den er an Markus Söder versendet hat, hat Florian Stumfall die Höflichkeitsfloskel „Hochachtungsvoll“ oder ähnliches weggelassen, was von extremem Frust und tiefer Verachtung, ja geradezu Verzweiflung zeugt.

Stumfalls Analyse zum Zustand Deutschlands zeigt aber vor allem auf, wie messerscharf, trefflich und schonungslos seine Analysen sind. Und Stumfall kann schreiben. Das beweist er unter anderem mit seinem Werk „Tripoli Charlie“, das im AnderweltVerlag erschienen ist. Dort beschreibt der Afrikakenner die weitverzweigten Verbindungen und Ursachen, die sich von ganz im Süden beginnend über Angola schließlich zur Ermordung von Libyens Gaddafi verdichten. Das Ganze als spannender Roman ausgeführt in drei zusammenhängenden Episoden. Was er da in Romanform ausbreitet, hat mindestens die gleiche Qualität, wie seine politische Analyse zum Zustand Deutschlands in seinem Kündigungsbrief. Aber „Tripoli Charlie“ ist spannender, denn was in Deutschland los ist, weiß der kritische Bürger eigentlich schon. Die Sache, warum Gaddafi wirklich ermordet werden musste, eher nicht. Bestellen Sie Ihr Exemplar „Tripoli Charlie“ direkt beim Verlag hier oder erwerben Sie es in Ihrer Buchhandlung.

-----

**Rezensionen** zu „Tripoli Charlie“ finden Sie hier:

<https://www.anderweltonline.com/kultur/kultur-2017/tripoli-charlie-feuer-der-hochfinanz-in-afrika/>

Und hier, was der Autor selbst über sein Werk zu sagen hat:

<https://www.anderweltonline.com/kultur/kultur-2019/tripoli-charlie-feuer-der-hochfinanz-in-afrika/>

<https://krisenfrei.com/das-naechste-urgestein-verlaesst-die-csu-im-zorn/>

\*\*\*\*\*

## **Islam. Migration. Terror: BND-Präsident widerspricht Bundesregierung**

*Von Stefan Schubert \*)*

In einem seiner spärlichen Interviews hat der Präsident des Bundesnachrichtendienstes Bruno Kahl klare Worte gefunden. Während der vereinigte Mainstream pauschal jegliche Aktivität rechts von Merkel mit einem Rechtsextremismus-Verdacht versucht zu diffamieren, um diese Manipulation dann als Vorwand für Zensur, Drangsalierung und gesellschaftliche Zerstörung von regierungskritischen Meinungen und Bürger zu nutzen, orientiert sich der BND-Präsident an Fakten. Im Mittelpunkt seines Interviews steht der islamistische Terror, der nach wie vor die größte Bedrohung für Deutschlands Sicherheit und die seiner Bürger darstellt.

Trotz Würzburg, trotz Wien und trotz Mali versuchen Politik und Medien den Bürgern einzutrichtern, dass »rechts« eine existentielle Bedrohung für das Land wäre. Hinweise auf die islamische Sozialisation der Täter von Würzburg, Wien und Mali werden hingegen nicht nur unterlassen, sondern es wird jeglicher Debattenwunsch totalitär mit der Rassismuskeule totgeschlagen.

Bei diesem vergifteten Stimmungsklima ist es dem BND-Präsidenten hoch anzurechnen, dass er den Berliner Eliten widerspricht.

Entgegen der Berichterstattung im Mainstream gebe es »überhaupt keinen Anlass, Entwarnung zu geben«, im Gegenteil, die Gefährlichkeit des islamistischen Terrorismus sei sogar gewachsen. Die beiden schlagkräftigsten Terrorgruppen, al-Qaida und der Islamische Staat (IS) würden zwar zurzeit aus Europa über einen geringeren Zulauf verfügen, aber in



destabilisierten Staaten gelingt es ihnen, sich zu reorganisieren und neue Strukturen aufzubauen. Bruno Kahl dazu:

»... wir beobachten einen starken Zulauf dort, wo staatliche Autorität und Strukturen fehlen. Die Vorstellung ist attraktiv, dieses Vakuum füllen zu können und damit mit von der Partei zu sein: eine neue Herrschaft, die sowohl der Scharia entspricht als auch soziale Verheißungen bringt.«

Und dann wird es für Frau Merkel und ihre Funktionäre höchst ungemütlich, der bestens informierte höchste Geheimnisträger [spricht Kausalitäten aus](#), die seit 2015 unweigerlich die staatliche Inquisition auf den Plan rufen. Der BND-Präsident spricht sich für ein weiteres militärisches Eingreifen in Mali und der Sahelzone aus, da »... es sich hier um eine Nachbarschaftsregion handelt, in der Sicherheitsrisiken unmittelbare Auswirkung auf uns haben – durch Terrorexport, durch Migration oder auch durch organisierte Kriminalität.«

Der BND-Präsident spricht also Fakten aus, die auch der Autor dieser Zeilen immer wieder enthüllt und belegt hat und sich dafür mit dem Vorwurf des Populismus und Schlimmerem konfrontiert sah in dem Versuch, ihn öffentlich zu diffamieren.

Als quasi unweigerliche Folge mündet eine unkontrollierte Masseneinwanderung aus muslimischen Herkunftsstaaten zwangsläufig in einer Welle von islamistischen Terrorverfahren und gleichermaßen einem Anstieg von Straftaten im Zielland des Migrationssturmes. Im aktuellen Buch des Autors [Der Bürgerkrieg kommt!](#) wurden durch Anfragen an den Generalbundesanwalt und durch die Analyse von BKA-Statistiken diese Kausalitäten belegt.

### **Über 3000 islamistische Terrorverfahren seit den Grenzöffnungen 2015**

Der Generalbundesanwalt bestätigte dem Autor für 2020 381 neue Terrorverfahren mit Bezug zum islamistischen Terrorismus. Dem »Kampf gegen rechts« zum Trotz, der unter der Merkel-Regierung zur Staatsdoktrin erhoben worden ist, belegen auch die Zahlen für 2020 eindeutig, dass das Sicherheitsrisiko durch den radikalen Islam die bedrohlichste Gefahr für die Bürger dieses Landes und seine freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt.

Insgesamt hat die Bundesanwaltschaft im Jahr 2020 rund 600 neue Terrorverfahren eingeleitet. Die 381 Verfahren im Bereich islamistischer Terrorismus stellen also einen Anteil von über 63 Prozent aller Terrorfälle in Deutschland dar.

Die Gesamtsumme der durch den Generalbundesanwalt eingeleiteten islamistischen Terrorverfahren summiert sich seit 2015 insgesamt auf 3026 Terrorfälle, laut den Daten des Generalbundesanwaltes. Die offenen Grenzen, die Migrationsagenda der Bundesregierung, der Kontrollverlust und das Staatsversagen, das sich unter anderem im Nicht-Abschieben von Islamisten und Terrorismusverdächtigen zeigt, haben zu einer dramatischen Verschlechterung der Sicherheitslage geführt. Die Sicherheitsbehörden rechnen jederzeit mit neuen islamistischen Terroranschlägen. Dieses Phänomen stellt leider auch keinen kurzfristigen, also vorübergehenden Kollateralschaden der Flüchtlingspolitik dar, sondern wird eine bleibende Belastung für die nachfolgende Generation werden.

(Ein Blick nach Frankreich, England und Belgien lässt eine baldige und anhaltende Eskalation befürchten. BKA-Lagebild: Über 1,5 Millionen Straftaten durch Flüchtlinge seit 2015 )

Die offenen Worte von BND-Präsident Bruno Kahl: »... in der Sicherheitsrisiken unmittelbare Auswirkung auf uns haben – durch Terrorexport, durch Migration oder auch durch organisierte Kriminalität«, werden durch unwiderlegbare Fakten zur Warnung vor einem »Terrorexport durch Migration« also belegt.

### **Auch zur importierten Verbrechenswelle ist die Faktenlage eindeutig.**

Die mehrheitlich muslimische Masseneinwanderung der Gegenwart hat zu einer epidemischen Verbrechenslawine geführt. Und das behaupten nicht böse Populisten, sondern belegen die Statistiken des Bundeskriminalamtes. Ihre höchst bedenkliche Zusammensetzung aus größtenteils männlichen muslimischen Einwanderern und späteren Straftätern wird in den Lagebildern des BKA durchaus ersichtlich. [Verklausuliert schreibt das BKA:](#)

*»Beim Vergleich des Tatverdächtigenanteils mit dem entsprechenden Zuwandereranteil zeigen sich deutliche Auffälligkeiten in Bezug auf die Herkunftsnationalitäten ...«*

Im Klartext geht von diesen Staatsangehörigen eine überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung aus. Im Übrigen werden im BKA-Lagebild auch »Zuwanderer« aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und der Balkanregion erwähnt. Seit den Grenzöffnungen 2015 weist das Bundeskriminalamt über 1,5 Millionen Straftaten durch Zuwanderer/Flüchtlinge aus.

Völlig zu Recht weist der BND-Präsident darauf hin, dass nicht nur von den organisierten Terroristen eine hohe Gefahr ausgeht, sondern dass der islamistische Terrorismus längst zu einer Ideologie geworden ist, die durch finanzkräftige Bewegungen wie der Muslimbruderschaft verbreitet wird. Zu dieser Ideologie des Hasses, die auch in unzähligen Moscheen gepredigt wird, hätte sich der BND-Präsident sicherlich noch ausführlicher äußern können, aber nichtsdestotrotz ist dieser offene Widerspruch zur merkelschen Migrationsagenda in der heutigen Zeit bemerkenswert. Wollen wir hoffen, dass Bruno Kahl weiterhin im Amt bleibt und nicht Opfer einer Säuberungsaktion wie Hans-Georg Maaßen wird. (Quelle: Stefan Schubert, <https://kopp-report.de/islam-migration-terror-bnd-praesident-widerspricht-bundesregierung/?cn-reloaded=1> )

\*\*\*\*\*

## **Was kommt nach Cyber Polygon 2021?**

*Von Dieter Farwick, BrigGen a.D. und Publizist\*)*

**Am 09. 07. 2021 hat die Simulationsübung Polygon 2021 stattgefunden. Viel mehr weiß man noch nicht. Weder das WEF noch die Great Player Russland mit der Staatsbank Sberbank noch deren Arbeitsorgan BI.ZONE noch China haben einen Erfahrungsbericht veröffentlicht. Es gibt auch noch keine Kommentare in der Fachpresse. Damit sind den Spekulationen Türen und Tore geöffnet.**

Wenn der „Große Neustart“ im Jahre 2030 erfolgreich abgeschlossen sein soll, dann kann es eng werden. Schwierige Prozesse – wie z.B. der weltweite Bevölkerungsaustausch wie auch die Bildung einer handlungsfähigen Weltregierung – benötigen einen langwierigen konzeptionellen Vorlauf.

Das gilt auch für die Auflösung der Nationalstaaten mit ihren Mittelschichten und dem Aufbau von Ämtern und Behörden, die weltweit die Anordnungen der „Weltregierung“ umzusetzen haben. Das Umsetzen verlangt geschultes Personal in den verschiedenen Verwaltungsebenen mit einer gründlichen Sprachausbildung für die jeweilige Region.

Der Sicherheits- und Finanzexperte Ernst Wolff hat schon erste Vorstellungen für die Zusammensetzung der „Weltregierung“ und deren Macht.

Ernst Wolff schreibt dazu:

„Die Great Player sind Handlanger einer Macht, die stärker ist als alles, was die Welt je gesehen hat.

An der Spitze dieser Macht stehen die größten IT- Konzerne: die Google Mutter Alphabet, Microsoft, Apple, Amazon, Spare X, Netflix und Facebook, Großbanken der Wall Street und die führenden Vermögensverwalter wie Black Rock und Vanguard. Sie alle beherrschen die beiden wichtigsten Lebensadern der modernen Industriegesellschaft: Daten- und Geldfluss – unterstützt durch Weltbanken, global agierende Finanzorganisationen wie die Weltbank und den IWF, zahlreiche Tanks, internationale Gremien wie die Group of Thirty, Bilderberg-Konferenz und verschiedene Stiftungen wie die Bill-und-Mathilda-Gates-Stiftung und das World Economic Forum, WEF, mit dem Präsidenten Prof. Klaus Schwab.“ Dazu kommen noch Milliardäre wie Buffet, Soros, die z.T. eine eigene Agenda verfolgen.

Sich gegen diese gewaltige Phalanx behaupten zu wollen, grenzt an Tollkühnheit, ist aber notwendig. Diese „Weltbeherrscher“ sind die „Superreichen“, die die Welt verändern werden. Sie denken nicht daran, die Welt für die Menschen besser, gerechter und nachhaltiger zu machen. Sie sind Menschenverächter. Diese Einschätzung hat Schwab seine Verachtung so geäußert: „*Wir müssen den Planeten Erde vom „Virus Mensch“ befreien.* Um besser durchregieren zu können, wollen sie die Bevölkerung der Erde drastisch reduzieren.

In der „vierten industriellen Revolution“ werden derzeitige Arbeitskräfte durch Digitalisierung und Automatisierung in Massen freigestellt. Sie werden für die Menschheit „nutzlos“ und „bedeutungslos“. Sie erhalten eine „Grundversorgung“, ihr Privateigentum wird eingezogen. Der Mensch wird zu einem „Bioroboter“ weiterentwickelt - mit Implantaten und Nanosensoren im Blut, die entstehende Krankheiten erkennen und heilen. Ein Leben wie im Paradies – bis auf die Millionen „Nutzlosen“. Die Kluft in der Gesellschaft wird tiefer und weiter. Die Superreichen werden in ihren abgeschiedenen „Hide Aways“ auf der Erde keinen Kontakt mehr zu den bedeutungs- und nutzlosen Untertanen haben. Versorgung – inkl. Pflege – wird durch Bioroboter wahrgenommen.

**Eine wichtige Frage: Wird es einer Weltregierung gelungen, die Überlebenden der unteren Schichten durch „Brot und Spiele“ ruhig zu stellen? Ist diese Art zu leben überhaupt noch lebenswert?**

**Was sind die Optionen?**

Es gibt bereits ein Muster für zukünftige Entwicklungen. Es heißt *Event 201*.

Schwab spricht von der Verschmelzung von „öffentlichem und privatem Kapitalismus“ oder vom „Stakeholder-Kapitalismus“.

**Im Oktober 2019 veranstaltete eine Gruppe von Wissenschaftlern der John Hopkins Universität und des WEF den „Event 201“ eine wegweisende Veranstaltung. Die Wissenschaftler „erfanden“ eine neue Welt – einen neuen Virus, der die Weltverändern sollte: ein neuartiger Coronavirus.**

Ende 2019 – wenige Wochen nach dieser Veranstaltung – brach in Wuhan, China, eine weltweite Pandemie aus – die den Namen führte „Covid 19“. Noch heute streiten sich die Wissenschaftler dieser Welt, ob es tatsächlich einen Vorfall in Wuhan gegeben habe, bei dem

es eine Übertragung von dem nahegelegenen Tiermarkt von Tieren – angeblich von Fledermäusen - zu Menschen gegeben haben soll.

Die WHO schickte ein Team nach Wuhan, um den Vorgang zu überprüfen. Dieses Team schloss einen Vorfall in einem Labor in Wuhan als wenig realistisch aus. Ein zweites Team blieb bei seiner Einschätzung, dass es doch den beschriebenen „Betriebsunfall“ in dem Labor in Wuhan gegeben habe.

Beide Theorien sollen weiter „ergebnisoffen“ untersucht werden. Die zweite Theorie findet mittlerweile mehr „Anhänger“. Bis zu einem endgültigen Urteil wird es dauern, da starke widerstrebende Interessen im Spiel sind - besonders seitens China.

Die Pandemie Covid 19“ hat sich den Jahren weiter ausgebreitet mit vielen Toten und mit schweren Erkrankungen – auch nach einer ersten „Genesung“. Die schweren Erkrankungen werden heute als „ Long Covid“ bezeichnet – siehe „ Der Spiegel“, vom 31.07. 2021, „Die stille Seuche“.

Einige Stichworte: 10 Prozent der Covid 19-Erkrankten erleiden - z.T. Monate nach ihrer „Genesung“- Covid 19-Erkrankungen, bisher sind 200 Symptome registriert, die Ursachen sind noch nicht erforscht.

Die Wahl der nächsten „ Übung“ wird weitgehend von den Ergebnissen von „CyberPolygon 2021“bestimmt.

Eine direkte Verbindung von Event 201 zur Corona-Pandemie gibt es wohl nicht. Global Player haben schnell das Potential dieses Event 201erkannt und angewandt.

### **Wird es ein „Cyber Polygon 2022“ geben?**

Die Ergebnisse des „Polygon 21“ sind - Stand 31.07.2021 - der Öffentlichkeit noch nicht bekannt.

Das Heft des Handelns hat Prof. Schwab in seinen Händen. Es kann eine verbesserte „Polygon 2022“ sein. Entdeckte Schwachstellen können relativ einfach verbessert werden.

Verlockend für die „Weltregierung“ ist eine Kombination von der Fortsetzung der „Corona-Pandemie“ mit Delta Varianten und Folgevarianten und einer „Klima-Pandemie“ sowie dem „Great reset“ - begleitet von wiederholten Pflichtimpfungen und medikamentöser Betreuung. Der Schutz der ersten beiden Impfungen wird nach sechs Monaten schwächer.

Die Widerstandskraft der „bedeutungslosen“ und „nutzlosen“ Menschen wird gegen Null therapiert. Wiederholte längere Lockdowns mit Einschränkungen der Menschenrechte sind hilfreich.

„The Economist“ vom 31.07. hat einen ernüchternden Bericht „Dashed Hopes“ vom 31. Juli 2021 über die Folgen der weltweiten Pandemie geschrieben. Er belegt, dass die „ärmeren Staaten“ in der Welt nach einem Zwischenhoch – siehe die sog.“ BRICS-Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – am härtesten getroffen wurden.

Ihre Strategie „Catch up“ - das Aufholen dieser Länder gegenüber den „reichen“ Staaten - ist gescheitert. Es wird Jahre dauern, bis diese und die anderen „ärmeren“ Staaten wieder in der Lage sein werden, den Abstand zu den „reicheren“ Staaten zu verringern.

## **Ein Blick in die Zukunft**

Die aufgezeigten Handlungsoptionen haben - objektiv betrachtet - wenig Chancen zur Verwirklichung.

**Ich habe die Hoffnung, dass der Versuch des „Great reset“ scheitern wird. Die Gesamtoperation ist zu komplex und zu kompliziert, um sie in weniger als 10 Jahren über die Weltbühne zu bringen. Ein Fehlschlag würde die Welt im Umbruch nachhaltig verändern – militärische Auseinandersetzungen sind nicht auszuschließen.**

Es fehlt an qualifiziertem, gut ausgebildetem Personal aus allen Regionen.

Es ist nicht auszuschließen, dass sich starke religiöse Gemeinschaften weigern werden, sich dem Joch einer „Weltherrschaft“ zu unterwerfen.

Es wird kaum eine globale „Weltpolizei“ geben, die lokale oder regionale Widerstandsbewegungen besiegen kann.

Die Naturkatastrophen mit den Überschwemmungen und Zerstörungen von Kommunen, Brücken und Straßen sind vorausschauend zu bewältigen und in der Entstehung zu verhindern, wenn von der Politik vorausschauend geplant und **geführt** wird.

Die Effizienz neuer oder verbesserter Maßnahmen muss in regelmäßigen Zeitabständen in Übungen und Prüfungen streng kontrolliert werden.

**Eines ist klar: Die nächste Katastrophe – verursacht durch Natur oder Menschen – kommt in den nächsten 10 Jahren bestimmt.**

Zügiges Handeln sollte auch ohne langwierige Kommissionsarbeit möglich sein. In Landratsämtern müssen wieder Stellen für Katastrophenexperten eingerichtet werden.

**Die leidvollen Erfahrungen weltweit durch Überschwemmungen, Dürren, flächendeckende Brände, die hohe Zahlen an Menschenopfern fordern werden, dürfen sich in der modernen Welt des 21. Jahrhunderts einschließlich des erdnahen Weltraumes nicht wiederholen.**

\*\*\*\*\*

\*) **Brig.General a.D. Dieter Farwick** wurde am 17. Juni 1940 in Schopfheim, Baden-Württemberg, geboren. Nach dem Abitur wurde er im Jahre 1961 als Wehrpflichtiger in die Bundeswehr eingezogen. Nach einer Verpflichtung auf Zeit wurde er Berufssoldat des deutschen Heeres in der Panzergrenadiertruppe.

Vom Gruppenführer durchlief er alle Führungspositionen bis zum Führer einer Panzerdivision. In dieser Zeit nahm er an der Generalstabsausbildung an der Führungsakademie in Hamburg teil. National hatte er Verwendungen in Stäben und als Chef des damaligen Amtes für Militärisches Nachrichtenwesen.

Im Planungsstab des Verteidigungsministers Dr. Manfred Wörner war er vier Jahre an der Schnittstelle Politik-Militär tätig und unter anderem an der Erarbeitung von zwei Weißbüchern beteiligt. Internationale Erfahrungen sammelte Dieter Farwick als Teilnehmer an dem einjährigen Lehrgang am Royal Defense College in London. In den 90er Jahren war er über vier Jahre als Operationschef im damaligen NATO-Hauptquartier Europa-Mitte eingesetzt. Er war maßgeblich an der Weiterentwicklung des NATO-Programmes 'Partnership for Peace' beteiligt.

Seinen Ruhestand erreichte Dieter Farwick im Dienstgrad eines Brigadegenerals. Während seiner aktiven Dienstzeit und später hat er mehrere Bücher und zahlreiche Publikationen über Fragen der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte veröffentlicht.

Nach seiner Pensionierung war er zehn Jahre lang Chefredakteur des Newsservice worldsecurity.com, der sicherheitsrelevante Themen global abdeckt.

Dieter Farwick ist Beisitzer im Präsidium des Studienzentrum Weikersheim und führt dort eine jährliche Sicherheitspolitische Tagung durch.

Seit seiner Pensionierung arbeitet er als Publizist, u. a. hier bei uns.

\*\*\*\*\*

## **Deutschland bedingt demokratisch? Eine Bestandsaufnahme**

*Von Martin E. Renner MdB*

Dem freiheitsliebenden und wertorientierten Demokraten in unserem Land drängt sich diese Frage geradezu auf. Die Akzeptanz und Einhaltung neuer und immer weiterer Bedingungen scheint mittlerweile selbstverständliche Voraussetzung zur Teilnahme am demokratischen und damit auch am gesellschaftlichen Diskurs zu werden.

Hinter Bedingungen aber verbirgt sich naturgemäß immer auch ein gewisser Druck, eine Form von Zwang, ohne den eine Bedingung schlichtweg bedeutungslos wäre.

### **Demokratie ist abhängig von vielen Parametern**

Die Summe der Bürger als Träger aller staatlichen Gewalt und Souveränität. Freie, gleiche und geheime Wahlen, mittels derer die Souveränität temporär an Repräsentanten delegiert wird. Die Gewaltenteilung im Sinne gegenseitiger Kontrolle. Die Presse- und Meinungsfreiheit als fundamentaler Garant unabhängiger Meinungsbildung im freien argumentativen Austausch, dem Wettstreit der Ideen. Die unbedingte Bindung allen staatlichen Handelns an das Recht einer gegebenen Verfassung. Das Prinzip der größtmöglichen Subsidiarität, um bürgernahe politische Teilhabe und Teilnahme zu gewährleisten.

Alle diese Faktoren sollen für eine ausgeglichene Balance sorgen. Demokratie will und muss die Konzentration von Macht verhindern, sie will politische und gesellschaftliche Gegensätze austarieren und so politische Extreme verhindern. Durch die Demokratie sollen größtmögliche Freiheit und Gerechtigkeit für alle Staatsbürger (den Demos) erreicht und bewahrt werden. Soweit – zugegeben, sehr komprimiert – die Theorie. Welche angesichts der realen politischen Gegebenheiten in unserem Land nicht nur arg grau, sondern fast schon als ein in die Ferne entrückter, frommer Wunsch erscheint.

Die sogenannte Corona-Pandemie wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in die Geschichtsbücher eingehen. Nicht nur als eines der größten singulären Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg. Sondern, auch als Kulminationspunkt einer unheilvollen Entwicklung: Die vermeintliche Pandemie als politisch instrumentalisierter, wenn nicht gar inszenierter Vorwand, mittels dessen offen und unverblümt mit grundlegenden demokratischen Prinzipien gebrochen wurde.

### **Bedingte Grundrechte**

Impfzwang als Bedingung zum Wiedererwerb der Grundrechte. Wer weiterhin in der Gesellschaft teilhaben oder auch nur seinem Beruf nachgehen möchte, der wird seinen „Corona-Status“ (genesen/geimpft/negativ getestet) nachweisen müssen. Der entsprechende Test ist kostenpflichtig. Manche Berufsgruppen werden gesetzlich zur Impfung gezwungen werden.

### **Bedingte Meinungsfreiheit**

Zwang zu „genehmer“, regierungsseitig „erwünschter“ Meinung. Bei Zuwiderhandlung droht gesellschaftliche Ächtung bis hin zum Verlust der beruflichen Existenz. Der sich so manifestierende Mainstream, die öffentliche Einheitsmeinung – im Sinne von: Die Meinung,

die man öffentlich unbehelligt sagen darf – führt zu einem sich selbst verstärkenden Konformitätsdruck.

### **Bedingte Pressefreiheit**

Massive Zensur, auch und besonders bei Nutzung der bekannten großen Internetplattformen. Es spielt keine Rolle, wer zensiert. Sogenannte Faktenchecker, die in der Regel ideologiekonforme und finanziell Abhängige der BIG DATA und des BIG BUSINESS sind, übernehmen diese Aufgabe gerne – selbstverständlich auf der Basis ihrer sogenannten „Gemeinwohlorientierung“. In den klassischen Medien findet man zu grundlegenden politischen Fragen ohnehin nur noch weit überwiegend EINE Meinung, bar jeder Objektivität und ausschließlich durch eine erkenntnisarme und gesinnungssatte Subjektivität geprägt.

### **Bedingte Wahlfreiheit**

Sehr ähnlich verhält es sich mit dem Gros der etablierten Parteien: In grundlegenden politischen Fragen, auch und gerade in der Ausgrenzung der „Alternative für Deutschland“ als antithetische Oppositionspartei, hat man sich zur „Neuen Einheitspartei Deutschlands (NED)“ zusammengeschlossen. Dies betrifft insbesondere die Themen: „Menschengemachter Klimawandel“ – inklusive aller betroffenen Themengebiete. „Europäische Union“ – inklusive immer weiterer Übertragung von Souveränitätsrechten nach Brüssel, Schulden-Vergemeinschaftung, Bankenunion, Migrationspolitik, etc.. „Multi-Kulti-Ideologie“. „Diversität“. „Gender-Mainstream“.

Unabhängig von den jeweiligen politischen Präferenzen und des entsprechenden Abstimmungsverhalten des Wählers erhält er am Ende eine beliebige Regierungs-Koalition – gerade auch und erwartbar unter der Beteiligung einer Partei, die er bewusst nicht gewählt hat.

### **Bedingte Gewaltenteilung**

Einhergehend mit dem zuvor genannten Punkt, einer in wesentlichen politischen Fragen „de-facto-Einheitspartei“ wird die Gewaltenteilung schleichend ausgehebelt.

Eine der maßgeblichen Funktionen des Deutschen Bundestages wird schon systemisch unterlaufen: Regierungsmitglieder, die als gewählte „Volksvertreter“ in Personalunion als ihr eigener parlamentarischer Kontrolleur auftreten, sind wenig glaubhaft. Auch die Berufung von Personen für höchste Ämter – beispielsweise des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes – aus den eigenen Reihen unterläuft Sinn und Zweck der Gewaltenteilung. Dies umso stärker, je mehr man von einer einheitlichen, parteiübergreifend verfolgten Ideologie in grundlegenden Politikfeldern ausgehen muss.

Ein festliches Abendessen eben jenes Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes und seiner Richterkollegen im Bundeskanzleramt – zeitlich kurz vor einem zu fällenden Urteil über das wenig demokratische Verhalten der Frau Merkel – ist für die Vertrauensbildung gegenüber einer demokratisch existentiellen Institution jedenfalls wenig förderlich. Ebenso wie ein Bundesverfassungsschutz, der gegen die einzige Opposition in Stellung gebracht wird. Ein Bundesverfassungsschutz, der weniger die Verfassung, als vielmehr die Vormachtstellung der etablierten Parteien und ihrer Exekutiv-Privilegien beschützen will und soll.

### **Sprachzwang**

Die irrsinnige Gender-Mainstream-Ideologie führt heute zur abenteuerlichen Verhunjung und Zerstörung unserer Muttersprache. Zwar lehnt die überwältigende Mehrheit der Bürger – laut Umfragen – die Anwendung des von offensichtlich völlig durchgeknallten und psychiatrisch

dringend behandlungsbedürftigen „GenderprofessorInnen“ ersonnenen Sprachschwachsinn ab. Und doch wird uns die Vergewaltigung unserer Sprache heute nicht nur bei Behördengängen, sondern auch massiv medial auf allen Kanälen aufgezwungen. Kaum noch eine Nachrichtensendung ohne Schluckauf-Sprecher. Und selbst bei zukünftigen Flugreisen sollte man sich vorab seines derzeitigen Geschlechtes vergewissern, denn man wird vom Bordpersonal nicht mehr explizit begrüßt werden.

### **Subsidiarität? In Brüssel?**

Die zunehmende Verlagerung von Zuständigkeiten und nationalstaatlicher Souveränität nach Brüssel widerspricht gravierend der Autorität und dem Subsidiaritätsprinzip unseres Grundgesetzes. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die ausufernden Wertpapierkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) als nicht legitim beurteilte, leitete die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein. Die eigentliche Frage: Hat der EU-Vertrag Vorrang vor nationalem Recht? Es bleibt abzuwarten, ob das Bundesverfassungsgericht in Deutschland danach durch den Europäischen Gerichtshof abgewertet, wenn nicht gar als überflüssig betrachtet werden darf und damit auch die Souveränität unserer Nation.

Eine immer übergriffigere EU, maßgeblich durch die Bundesrepublik Deutschland finanziert, strebt immer unverhohlener die Manifestation der „Vereinigten Staaten von Europa“ an. Öffentlich befeuert von exponierten Vertretern der NED.

### **Alles ein wenig durcheinander**

Es ließen sich zahlreiche weitere Beispiele aufzählen. Die eigentliche Perfidie (man kann es nicht anders nennen) liegt hier gerade auch in der Abwesenheit jeder Debatte. So, wie es für den Tatbestand der Zensur unerheblich ist, wer sie ausübt, so ist es mittlerweile häufig gar nicht mehr erforderlich für bestimmte Vorhaben der Exekutive zuvor einen gültigen Rechtsrahmen zu schaffen und entsprechende Gesetze zu verabschieden.

So kann unsere Frau Bundeskanzler und auch einige ihrer gefolgschaftstreuen Apparatschiks derzeit verkünden, dass es keine Impfpflicht geben werde. Aber man muss dann halt als Bürger mit den Konsequenzen seiner Impfverweigerung leben können. Beispielsweise dem Verlust des Arbeitsplatzes. Oder die erheblichen Mehrkosten für einen zu jeder Gelegenheit benötigten Test tragen zu dürfen.

### **Man darf in unserem freien Land ja auch seine Meinung sagen...**

Der Bürger wird noch besser lernen (müssen), was ohnehin seit Corona Usus ist: Alles zu akzeptieren. Von jedermann kontrolliert zu werden. Vorzeigen von aktuellen Tests und Personalausweis beim Oberkellner, um im Restaurant einen Tisch zu bekommen. Oder Vorzeigen und Einlesen des elektronischen Impfausweises beim Platzanweiser im Kino. Oder an der Kasse zum Hallenbad. Die Tour durch das Einkaufszentrum dürfte auch erfreulich sein, wenn man als ungeimpfte Person Maske tragen muss. Und deutlich und implizit als „Querulant“ und „Systemskeptiker“ zu identifizieren ist.

Man mag debattieren, wie es so weit kommen konnte. Ein wesentliches Merkmal ist sicher die weitest gehende Gleichschaltung praktisch aller Institutionen. Vor allem der aktive ideologische Schulterschluss und Gleichschritt des politisch-medialen-ökonomischen Komplexes und die daraus resultierende aktive Beeinflussung und zugleich Manipulation der Gesellschaft. Auch durch die sogenannte „Zivil-Gesellschaft“.



Diese sogenannte „Zivilgesellschaft“ ist die Summe der hierarchisch höchstgestellten Vertreter aus Medien, Kirchen, Konzernen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, NGOs aller Couleur, Sportverbänden, Stiftungen, sozialen Organisationen und politischen Institutionen aller Art.

Hier ist der Grund festzustellen, dass unser gesamtes gesellschaftliches Leben durch und durch und immer weiter politisiert wird. Dass Fußballspiele nicht einfach Sportveranstaltungen sind, sondern für politische Symbolsetzungen missbraucht werden. Dass die Produktwerbung großer Konzerne durch die permanente Darstellung eines maximal-diversen, stark pigmentierten Paralleluniversums deutlich mehr politische Botschaften aussendet, als dass Werbung für das eigentliche Produkt gemacht wird. Die Gesellschaft wird so immer weiter manipuliert, gleichgeschaltet, zu öffentlicher Konformität im Sinne der politischen Korrektheit erzogen.

### **Diese Entwicklung muss gestoppt werden – und zwar jetzt**

Dringender als die Ursachen-Debatte wäre allerdings, diese real nachvollziehbaren politischen Dynamiken zu erkennen – und vor allem zu stoppen.

Der Schulterschluss der politischen, medialen, ökonomischen und „zivilgesellschaftlichen“ Eliten steht im Begriff, die Freiheit unserer überkommenen Gesellschaft und unsere freie Demokratie zu zerstören.

Wie könnten denn auch aus hierarchisch aufgebauten Parteien und aus streng hierarchisch aufgebauten Konzernen, Medien und Institutionen jemals demokratische Dynamiken entstehen?

Demokratische Meinungs- und Willensbildung „von unten nach oben“ ist das glatte Gegenteil jeder Hierarchie. Und doch wird der deutsche Bürger 24/7 und auf allen Kanälen von oben ideologisch dauerberieselt. Am Arbeitsplatz, in der Kirche, beim Sport, im Verein, in der Schule. Allgegenwärtig wird er mit einer Gesinnung konfrontiert und gemaßregelt, die in den elitären und kooperierenden Chefetagen der Parteien und der Konzerne erdacht und von oben nach unten – mehr oder minder streng – vorgegeben wird.

Der eklatante Widerspruch von Demokratie und Hierarchie legt bereits nahe, dass diesem Konstrukt mit hoher Sicherheit keine hohe Lebensdauer innewohnt. Es wird infolge seiner Gegensätzlichkeit zerbrechen.

Die entscheidende Frage ist alleine, was nach dem Bruch übrigbleibt. Die Hierarchie oder die Demokratie. Wird es der bereinigende politische Neuanfang? Oder ist es der Kipppunkt zu einem autoritären oder gar totalitären deutschen – oder schlimmer noch – europäischen Staatsgebilde?

Natürlich gibt es auch denkbare andere Möglichkeiten, so wie Hendryk M. Broder unlängst zu bedenken gab, als er sagte: „Im günstigsten Fall wird Europa (Deutschland) eine chinesische Kolonie, im ungünstigsten ein Kalifat.“

### **Es wird kommen, wie es kommt.**

Eines aber ist elementar und nicht verhandelbar. Bürger, die es akzeptieren und hinnehmen in einer „bedingten Demokratie“ zu leben, also in einer Gesellschaft, die die Gewährung von Grund- und Freiheitsrechten an bestimmte Bedingungen knüpft; diese Bürger leben nicht in

einer „bedingten Demokratie“, sondern in der vollkommenen freiwilligen Knechtschaft. Ohne individuelle Freiheit und ohne ihr Selbsteigentum.

\*\*\*\*\*

\*) **Martin E. Renner MdB** ist Betriebswirt und Freier Autor (regelmäßige Kolumne bei PI und *conservo* – wie auch diese hier). 2013 war er einer der 15 Gründungsinitiatoren sowie Mitglied im Gründungsvorstand der Partei Alternative für Deutschland (AfD).

\*\*\*\*\*

## **POLITSPLITTER**

### **Neue Nationalfarben angesagt?**

In der ZEIT bekennt Helmut Sommer, Historiker und ehemaliger Chefredakteur dieser Wochenzeitung, dass er sich „schwarzärgert“. Ob nun auch der Schwarzwald umzubenennen sei?

Politische Korrektheit solle vor allem in der Sprache durchgesetzt werden. Das werde eine „überempfindliche (...) identitätspolitische Verschandlung der deutschen Sprache“ und eine „Anmaßung von Minderheiten, der Mehrheit vorzuschreiben, was sie denken (...) darf.“

Besonders ärgert ihn die „eifertige Devothet, mit der sich staatliche Behörden, öffentliche Institutionen und deutsche Fernsehgrößen den modischen Anwandlungen der Sprach- und Denkpancher unterwerfen.“ Einen rassistischen Hintergrund habe der Begriff Schwarzfahren nicht. Höchstwahrscheinlich wurde er aus dem rotwelschen oder jiddischen Wort „shvarts“ abgeleitet, es bedeutet „arm“. Sommer erinnert an Schwarzbrot, Schwarzes Brett (Anschlagtafel), Schwarzkittel (Wildschwein), Schwarzrock (Geistlicher) und fragt, ob nun auch die Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold zu ändern wären, weil Afrikaner und Chinesen daran Anstoß nehmen könnten?

Sommer beklagt auch die Vergenderung der deutschen Sprache, dadurch verliere sie „an innerer Harmonie, Musikalität, Natürlichkeit, Durchsichtigkeit und Einheitlichkeit.“ Es sei in keiner Weise empirisch zu belegen, dass sich auf diese Weise die politische Wirklichkeit verändern lasse. Er zitiert Judith Sevinç Basad (in der *Neuen Zürcher Zeitung*), dass sich „Frauen und Queers während der letzten 70 Jahre in rasantem Tempo aus den Fesseln des Patriarchats befreit haben – und dies auch mit dem generischen Maskulinum und ohne Gendersternchen, Unterstriche oder Doppelpunkte.

“ Es war schon immer falsch zu glauben, dass sich die Sprache wandelt. Sommer zitiert Peter Schmachthagen (im Hamburger Abendblatt): „***Im Augenblick wandelt sich die Sprache nicht, sondern sie wird gewandelt, verunstaltet und missbraucht.***“ Mit natürlichem Sprachwandel habe die Gendersprache nichts zu tun. Damit solle eine Weltanschauung durchgesetzt werden, und zwar gegen den Willen der Mehrheit, die zu über 70 Prozent dagegen ist. ([zeit.de](http://zeit.de))

-----

### **Kirche – Alle dagegen, aber sie machen es trotzdem**

Nicht nur Behörden und Medien beschäftigen sich derzeit mit der Gendersprache, auch viele Mitgliederorganisationen sind verunsichert, ob sie ihrem Sprachgefühl weiterhin trauen dürfen und vor allem mit dem generischen Maskulinum weiterarbeiten können. Viele befragen ihre Mitglieder:

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern ruft in der aktuellen Ausgabe ihrer Zeitschrift KVBforum zu Stellungnahmen auf. Männliche und weibliche Ärzte sollen unter der E-Mail-

Adresse [kvbforum@kvb.de](mailto:kvbforum@kvb.de) ihre Meinung zum Gendern kundtun. „*Es gibt für die Darstellung der Geschlechtergerechtigkeit in Wort und Schrift bislang keine Musterlösung und auch noch kein Gesetz, das uns zum Handeln verpflichten würde*“, schreibt der KVB-Vorstand im Vorwort.

Doch, die Musterlösung gibt es seit langem: Wer einen Arzt braucht, dem ist es in aller Regel gleich, welches Geschlecht der Mensch hat, der ihn behandelt. **Auch die christlichen Kirchen suchen verzweifelt nach Wegen, die Männlichkeit Gottes oder Jesus Christus' zu verschleiern.**

Nun hat auch das Bistum Hildesheim eine „Handreichung für geschlechtersensible Sprache“ herausgegeben. *Statt „Gott, unser Vater“ soll es nun heißen „Guter Gott, der du uns Vater und Mutter bist“, statt „Herr Jesus Christus“ ab jetzt „Christus, unser Bruder“ (was am „Bruder“ weniger männlich sein soll, bleibt offen), und aus „Jüngern“ werden „Jüngerinnen und Jünger“.*

Der NDR befragt in einem Beitrag Passanten, sie haben für die Änderungen überhaupt kein Verständnis. Die Verantwortlichen knicken trotzdem ein. ([kvb.de](http://kvb.de) (PDF-Datei), [ndr.de](http://ndr.de))

-----

### ***Die Schneckinnen und Schnecken***

Heute Morgen ein Bericht über Schnecken in „Live nach Neun“:  
Die Moderatorin, Isabel Varell: "Die Schneckinnen und Schnecken".  
Ich dachte, es haut mich vom Stuhl.  
Schnecken sind Zwitter, männlich und weiblich.  
(auf Facebook: Günter Voßköhler, 7.7.21, 19:01)

-----

### **Gendersprache – auf Kosten der Gesellschaft**

Die Gendersprache schade der gesamten Gesellschaft. Dieser Ansicht ist der Journalist Alexander Kissler in einem Beitrag für die Neue Züricher Zeitung. Es sei problematisch, wenn öffentliche Institutionen wie Universitäten oder Stadtverwaltungen sich an verpflichtenden Gender-Leitfäden versuchten. Denn die sogenannte geschlechtergerechte Sprache „schwächt (...) den sozialen Zusammenhalt, lässt den Ausdruck verkümmern und beschneidet die Freiheit“, konstatiert Kissler. Natürlich dürften private Betriebe und auch jeder Mensch sich so ausdrücken wie er wolle. Schließlich wäre ein „Verbot der Gendersprache (...) ebenso illiberal, wie es der direkte oder indirekte Zwang zum Gendern ist.“

Anders sei der Fall gelagert bei staatlichen Akteuren, diese müssten im Interesse ihrer Bürger handeln und ihr „allgemeines Mandat nicht für weltanschauliche Partikularinteressen zweckentfremden“, mahnt der Autor. Dabei sei die Gendersprache dem allgemeinen Sprachverständnis fast diametral entgegengesetzt. In städtischen Leitfäden, zum Beispiel der Stadt Bonn, sei eine Sprache entstanden, „die dem Verständnis im Weg steht.“

Auch die Vorgaben an Universitäten und der Sprachgebrauch in den öffentlich-rechtlichen Medien führten zu einer Verarmung des sprachlichen Ausdrucks. Man müsse sich in seiner Sprache schon fast beobachtet fühlen, denn durch die Gendersprache werde das „Gegenüber (...) zur Karikatur des misstrauischen Onkels mit Monokel, dem man es nie recht machen kann.“ Das eigentliche Ziel der Gendersprache – verschiedene Identitäten und Gruppen sichtbar zu machen – werde nicht erreicht, denn: „Im generischen Maskulinum waren alle

gemeint – jetzt ist jeder ausgeschlossen, auf den nicht durch Platzhalter hingewiesen wird.“  
([nzz.ch](http://nzz.ch))

-----

### **Ermüdender Sprachkampf**

Der Journalist und Sprachwissenschaftler Wolfgang Krischke empört sich in der FAZ über die „fragwürdige Streitschrift“ des Direktors des Instituts für Deutsche Sprache, Henning Lobin, die im Frühjahr mit dem Titel *Sprachkampf. Wie die Neue Rechte die deutsche Sprache instrumentalisiert* im Duden-Verlag erschienen ist.

Lobin stelle Purismus, Kritik an der Gendersprache und politischer Korrektheit und andere „Kampfziele“ als rechtslastig dar, sie seien nutzbar für nationalistische Propaganda. „Folgt man Lobins Logik“, sagt Krischke, „müsste jede Äußerung, die eventuell Beifall von der falschen Seite erregen könnte, von vorneherein der Selbstzensur zum Opfer fallen.“

Offenbar schwebte Lobin genau dieses vor, denn er mahnt in seiner Streitschrift, „es sollten sich alle, die sich öffentlich zur deutschen Sprache äußern, darüber bewusst sein, dass ihre Aussagen immer auch im Kontext einer nationalidentitären Politik gedeutet und eingeordnet werden.“

„Nun kann man über den Sinn oder Unsinn all dieser sprachpolitischen Standpunkte streiten, aber keiner ist für sich genommen ‚rechts‘“, so Krischke. Besonders unangenehm fällt ihm daher auf, mit welcher Leichtigkeit Lobin Netzwerke zwischen Sprachwissenschaftlern und Rechtspopulisten für bewiesen hält. Wer keinen Sinn für Verschwörungstheorien habe, werde die langatmigen Schilderungen, wer mit wem in bedenklichem Kontakt stand, ermüdend finden. Eine unvoreingenommene, wissenschaftlich fundierte Analyse sei Lobins Buch jedenfalls nicht, meint Wolfgang Krischke. ([faz.net](http://faz.net))

-----

### **Grüne und das Gender-Deutsch**

Das Programm der Grünen ist mit Sternchen durchgegendert. Das ganze Programm? Nein – Teile sind unangetastet geblieben, schreibt der Linguist Horst Haider Munske in der Welt.

Von Ärzt\*innen, Bürger\*innen und selbst von Bäuer\*innen ist die Rede, ungeachtet der falschen Wortbestandteile, die dadurch teilweise entstehen (Ärzt, Bäuer). Selbst eher seltene Wörter wie Experten, Tarifpartner und Impulsgeber bekommen ein Sternchen verpasst, obwohl sie nicht speziell Frauen im Blick haben. „Es entsteht der Eindruck, dass sie alle aus dem deutschen Wortschatz verdrängt werden sollen“, so Munske.

Absurd wird es im Parteiprogramm, wenn es um den Islam geht – denn hier werden nicht nur Muslim\*innen genannt, sondern auch Imam\*innen – damit „reformieren die Grünen das patriarchalische System des Islam“, bemerkt Munske süffisant. Bei „Juden“ hingegen werde nicht gegendert, ebenso bei „Christen“. Von „Jüdinnen und Juden“ sowie „Judenhass“ und „Judenfeindlichkeit“ ist die Rede. Das weibliche \*innen ersetzt die generischen Formen; es solle wohl keine Soldaten, Ärzte oder Kunden mehr geben, sondern nur noch Soldat\*innen, Ärzt\*innen und Kund\*innen. Bei zusammengesetzten Wörtern würde ebenfalls gegendert, obwohl beispielsweise das Wort „Kongress“ in „Ärztkongress“ alle Ärzte „neutralisiert“. Das Geschlecht ist unwichtig, durch „Ärzt\*innenkongress“ „verlassen die Grünen das System der deutschen Grammatik“.

Aber auch ideologisch hätte das Grünen-Programm einiges zu bieten, so Munske: Alleinerziehende heißen jetzt Ein-Eltern-Familien, auch Zwei-Mütter-Familien gibt es. „Die Grünen meinen es ernst mit dem radikalen Gendern. (...) Sie scheren sich nicht um die Bedenken des Rats für deutsche Rechtschreibung. Sie fragen nicht nach Vorlesbarkeit, nach Verständlichkeit, nach den Regeln der Grammatik und nach der Tradition der Sprache.“ ([welt.de](http://welt.de), hinter Bezahlschranke)

-----

### **Gendern stößt auf breite Ablehnung**

Was mittlerweile eigentlich jedem bekannt sein sollte, da verschiedene Umfragen es unterfüttern, wurde wieder einmal in einer Umfrage belegt: Gendern stößt in der Bevölkerung auf klare Ablehnung.

Eine Befragung des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) über das Portal „MDRfragt“ ergab, dass in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen 86 Prozent der Befragten die Debatte um die sogenannte geschlechtergerechte Sprache als unwichtig erachten. An der Umfrage nahmen 25.731 Menschen teil. Zwar gilt sie nach statistischen Methoden als nicht repräsentativ, ermöglicht aber doch ein gutes Abbild des Stimmungsbilds in der Bevölkerung.

**So sind die häufigsten Begriffsennungen, die mit der geschlechtergerechten Sprache verbunden werden, fast ausschließlich negativ.** Die geschlechtergerechte Sprache wird mit Begriffen wie „überflüssig“, „Quatsch“, „unnützlich“ oder „albern“ belegt. Dabei stehen die Teilnehmer dem Projekt der gesellschaftlichen Gleichberechtigung durchaus offen und unterstützend gegenüber, aber eben nicht auf Kosten der deutschen Sprache: „Sicher haben wir in unserer Gesellschaft noch einige ‚Baustellen‘ was tatsächliche Akzeptanz, Toleranz und Gleichberechtigung betrifft. Ich halte es für falsch, dies mit ‚aufgezwungenem/verordnetem Sprech‘ und einer unmöglichen Schreibweise quasi in die Köpfe hämmern zu wollen“, so eine Teilnehmerin aus dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt. ([mdr.de](http://mdr.de))

-----

### **v.d. Leyen – Sprachpanscher 2021: Protzenglisch statt Landessprache**

Ursula von der Leyen ist Sprachpanscher des Jahres 2021. Mit dem Negativ-Preis wird jährlich der sträfliche Umgang mit der deutschen Sprache gescholten. Die Preisträgerin ist dabei eine alte Bekannte, bereits 2014 wurde von der Leyen mit dem unrühmlichen Preis bedacht. „Das hatten wir noch nie!“, zeigt sich auch Prof. Walter Krämer, Vorsitzender des Vereins Deutsche Sprache (VDS) von der Wahl erstaunt. In der 24-jährigen Geschichte des Preises sei dies einmalig. Anstatt sich als EU-Kommissionspräsidentin ihrer Muttersprache zu bedienen, nutze sie bei Verhandlungen Mitteilungen auf Englisch, was fehleranfällig sei, da man als Nicht-Muttersprachler meist nicht alle feinen Nuancen einer Sprache kennt. Gleichzeitig „sollte es selbstverständlich sein, als Repräsentantin eines Staates der EU auch dessen Sprache ganz natürlich als Teil dieser Repräsentanz zu sehen“, erläutert Krämer.

Auf Platz zwei haben die Mitglieder des VDS das Berliner Kaufhaus KaDeWe (Kaufhaus des Westens) gewählt, das mit unverständlichen denglischen Werbebotschaften auffällt. Platz drei geht an die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht, die in einem Gesetzesentwurf konsequent von „Schuldnerin“ und „Geschäftsleiterinnen“ gesprochen hatte. Der Gesetzesentwurf bleibt ein peinlicher Versuch, Genderregeln durch die Hintertür durchzusetzen, er wurde vom Bundesinnenministerium gestoppt.

Ebenfalls wegen des Gender-Themas in der Kritik steht der Autobauer Audi, der in einem sprachlichen Leitfaden seine Mitarbeiter zum Gendern verpflichten wollte. Dafür wurden die Ingolstädter auf Platz vier gewählt. Komplettiert wird das Teilnehmerfeld durch die Zeitung taz, die in einem Artikel im November 2020 Frauen mit der Wortkonstruktion „Menschen mit Gebärmutter“ bezeichnet. ([vds-ev.de](http://vds-ev.de), [rp-online.de](http://rp-online.de), [lifepr.de](http://lifepr.de))

\*\*\*\*\*

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,  
das mag für heute genügen.*

*Ich wünsche Ihnen und Ihren Nächsten viel Glück und Gesundheit, einen sonnigen Sommer, zudem den Schutz Gottes und, wie stets an dieser Stelle, uns allen eine bessere Politik.*

*Mit herzlichen Grüßen und bestem Dank für Ihre Treue,  
Ihr  
Peter Helmes*

*Hamburg, 4. August 2021*

\*\*\*\*\*

**BITTE BEACHTEN SIE DIE FOLGENDEN HINWEISE!**

**PUBLIKATIONEN DER DEUTSCHEN KONSERVATIVEN:**

**Die neue Helmes-Broschüre gegen die Grünen ist da!**



## **Die Grünen wollen regieren – mit aller Macht!**

Die übelsten und gefährlichsten Verfehlungen der Grünen hat Peter Helmes in dieser neuen Broschüre zusammengefaßt. Die Lektüre ist ein harter Schlag gegen diese Bevormundungspartei und ihre unfähige Vorsitzende Annalena Baerbock. Lesen Sie, was die Grünen wollen – und was sie nicht können.

\*\*\*\*\*

## ***„Der Islam erobert Europa“***

160 Seiten voller Informationen, im praktischen Westentaschenformat.

Kostenfrei für Sie!

Sie können jetzt bestellen!

\*\*\*\*\*



Peter Helmes

# Der Islam erobert Europa

Wollen sich die Christen  
kampflos ergeben?



\*\*\*\*\*  
\*\*\*\*\*